



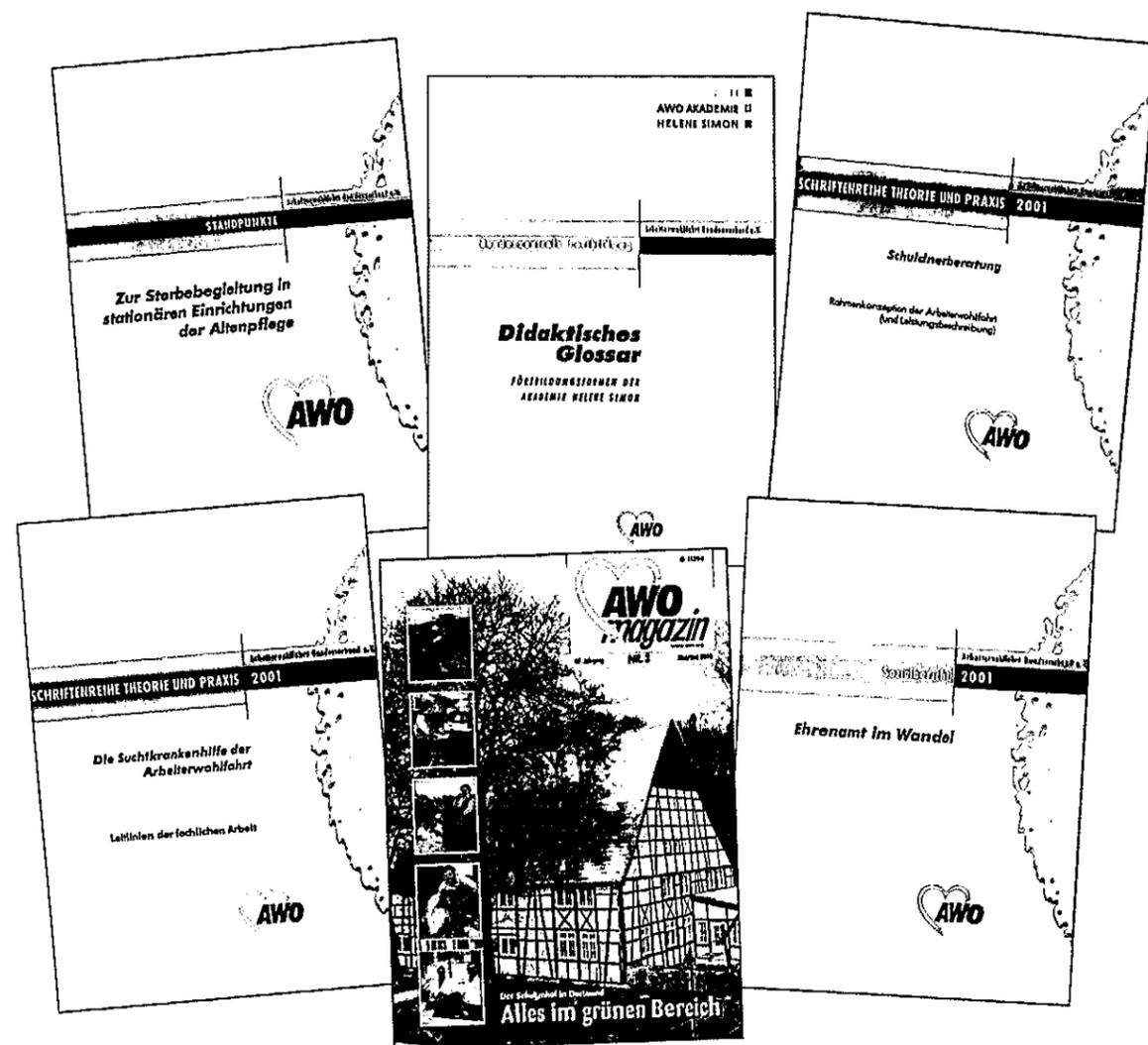
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.

GESCHÄFTSBERICHT 2001

***Ein Jahr
für das Ehrenamt***



AWIII699



Schriften - Dokumentationen - AWOmagazin

Zu beziehen beim Verlag des AWO-Bundesverbandes.

Herausgeber: AWO Bundesverband e.V.
 Verantwortlich: Rainer Brückers, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
 Redaktion: Geschäftsbereich I, Öffentlichkeitsarbeit
 © AWO Bundesverband, Verlag
 Postfach 41 01 63, 53012 Bonn
 Oppelner Str. 130, 53119 Bonn
 Tel.: 02 28/6 68 50; Fax: 02 28/6 68 52 09
 Email: info@awobu.awo.org
 Verlag@awobu.awo.org
 www.awo.org
 Juli 2002
 Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages oder Herausgebers.
 Alle Rechte vorbehalten.

Inhalt

Im Blickpunkt 4

Das Jahr 2001 im Bundesvorstand 6

Verbandsarbeit 12

Fachpolitik 26

Wirtschaft und Finanzen 33

Organigramm Bundesverband 36

Stiftungen und Partner 42

Dokumentationen und Schriften 45

*AWO Bundesverband
 Oppelner Str. 130
 53119 Bonn
 Tel. 02 28 668 50
 Fax 02 28 668 52 09
 info@awobu.awo.org*

AWO

Geschäftsjahr 2001. Ein Jahr, mit dem man bilanzierend zur Tagesordnung übergehen könnte? Gewiss nicht. Der 11. September 2001, die schrecklichen Bilder der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten werden den Menschen in Erinnerung kommen, wann immer vom Jahr 2001 die Rede sein wird. Zu Tausenden wurden Männer, Frauen und Kinder aus vielen Nationen, verschiedener Weltanschauungen und Religionen und von unterschiedlicher Hautfarbe Opfer der verbrecherischen Massenmordtaten.

Die Anschläge, die Bekämpfung des Terrorismus in einer weltweiten Allianz, die Bemühungen um die Wiederherstellung würdiger Lebensverhältnisse in Afghanistan werden noch bis weit in die Zukunft hinein Folgen für das sensible Gefüge der internationalen Ökonomie und der nationalen Sozialwirtschaften haben.

Die Arbeiterwohlfahrt hat auf vielfache Weise ihre Betroffenheit, ihre Trauer, ihr Mitgefühl und Gedenken zum Ausdruck gebracht.

Das Jahr 2001 war das Internationale Jahr der Freiwilligen, des Ehrenamtes, erklärt von den Vereinten Nationen. Damit sollte weltweit das freiwillige Engagement unzähliger Menschen für ihre nationalen Gemeinschaften und internationale Solidarität gewürdigt werden.

Die globale Aufforderung der UN richtete die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung bürgerschaftlicher Aktivitäten für ein menschenwürdiges Zusammenleben. 123 Länder, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, beteiligten sich mit nationalen Programmen an diesem Aktionsjahr, mit dem vier Ziele zur ehrenamtlichen Beteiligung an der Gestaltung des Gemeinwesens verbunden waren:

- den Stellenwert und Anerkennung für freiwilliges Engagement erhöhen,
- Unterstützung durch Staat und Gesellschaft einfordern,
- Ausbau der Verbundsysteme und Zusammenschlüsse,
- Förderung des Freiwilligengedankens auf allen Ebenen.

Die AWO hat sich auf vielseitige Weise an dem Internationalen Jahr beteiligt. Sie hat unter dem Titel „1000 X ist was passiert“ eine Projektbörse im Internet eingerichtet, einen Wettbewerb durchgeführt, innovative Initiativen gefördert und ausgezeichnet und den Sozialbericht 2001 unter das Thema des Internationalen Jahrs gestellt.

Das Ehrenamt ist bekanntermaßen seit der Gründung des Verbandes das traditionelle Aktivelement in der Arbeit des Verbandes. Im Leitbild der AWO heißt es dazu:

Zum Selbstverständnis der Arbeiterwohlfahrt gehörte stets das wohlfahrtspolitische Mandat, die Daseinsvorsorge als einen Rechtsanspruch der Bürger zu vertreten, zu verteidigen und in ihrer Ausgestaltung weiter zu entwickeln. Damit war die Überzeugung verbunden, dass die Chancen der Freiheit und der Demokratie nur begriffen und genutzt werden können, wenn Menschen sich sozial gesichert wissen.

Soziale Gerechtigkeit und Sicherheit bedürfen der staatlichen Ordnung und Autorität. Die Bürgergesellschaft vermag allein noch keine Rechtsansprüche zu gewährleisten. Ebensowenig kann der Sozialstaat menschliche Fürsorge und solidarisches Miteinander erfolgreich verordnen.

Eine funktionierende Bürgergesellschaft stützt sich auf beides: Auf den Sozialstaat als Garant für soziale Rechte und auf das bürgerschaftliche Engagement als lebensnahes Gestaltungsprinzip im Gemeinwesen.



Ohne Bereitschaft der Menschen zu gemeinsinnorientiertem Handeln können ökonomische und soziale Belange nicht in Balance kommen, aber genau darum geht es, wenn der Sozialstaat auch unter veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen gelingen soll.

Die Arbeiterwohlfahrt will eine offene und lebensnahe Organisation für bürgerschaftliches Engagement sein. Sie kann Traditionen bewahren und zugleich Neues bewegen.



Freiwilliges Engagement.
Selbsthilfe. Ehrenamt.

Manfred Ragati

Dr. Manfred Ragati
Bundesvorsitzender

R. Brückers

Rainer Brückers
Geschäftsführer



Bundesvorstand und Bundesgeschäftsführung der Arbeiterwohlfahrt sind für den wirtschaftlichen Ablauf des Geschäftsjahres sowie für fach- und organisationspolitische Entwicklungen des Verbandes verantwortlich. Der Geschäftsbericht 2001 gibt die wesentlichen Aktivitäten der Geschäftsstelle des Bundesvorstandes wieder.

Im Geschäftsjahr 2001 kam der Bundesvorstand zu sieben Sitzungen zusammen. Zu-

nächst waren nach der Bundeskonferenz von Würzburg die Arbeitsstrukturen des Vorstandes zu organisieren. In der Folge setzte sich der Vorstand intensiv mit Fragen zum Selbstverständnis der Aufgaben und zur Strukturierung der Vorstandsarbeit auseinander. Im Mittelpunkt der fachpolitischen Arbeit stand der Sozialbericht 2001 *Ehrenamt im Wandel* sowie die intensive Lobbyarbeit zu den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzen im Bereich der Altenhilfepolitik.

Der Bundesvorstand 2001

Bundesvorsitzender

Dr. Manfred Ragati Ostwestfalen-Lippe

Stellvertreter/-innen

Wilhelm Schmidt, MdB Braunschweig
Dr. Helga Henke-Berndt Mittelrhein
Ulf Skodda Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Rainer Brückers Bundesverband, Bonn

Beisitzer/-innen

Marianne Beck Württemberg
Bodo Champignon, MdL Westl. Westfalen
Seban Dönhuber Bayern
Rudi Frick Rhld./Hessen-Nassau
Jutta Helm Ober-/Mittelfranken
Dr. Frank Heltzig Sachsen
Paul Quirin Saarland
Christiane Reckmann Hannover
Hans-Gerd Rötters Niederrhein
Karsten Schönfeld Thüringen
Hansjörg Seeh Baden
Gerwin Stöcken Schleswig-Holstein
Ute Wedemeier Bremen

Bundesjugendwerk

Torsten Raedel, Vorsitzender

Revisoren:

Gerhard Nowak Schleswig-Holstein
Jürgen Sawahn Westl. Westfalen

Fachausschüsse

Zu seiner fachlich-wissenschaftlichen Beratung setzte der Bundesvorstand nach der Bundeskonferenz 2000 drei Fachausschüsse ein und empfahl, dass das Prinzip der Projektarbeit

stärker Berücksichtigung finden soll, um auf aktuelle Themen und Entwicklungen zeitnah und flexibel reagieren zu können.

Fachausschuss Arbeit, Gesundheit und Soziales

Hansjörg Seeh, Vorsitzender
Bodo Champignon, MdL
Dr. Wolfgang Bodenbender

Hartmut Brocke
Jochen Flitta
Sabine Grethlein
Jutta Helm
Tim Kähler

Wolfgang Kremson
Eva-Maria Lemke-Schulte
Karl Stengler
Michael Vollert
Hans-Georg Weigel

Bürgermeister in Freiburg, Bundesvorstand
Bundesvorstand
Gesellschaft für Organisationsentwicklung und Sozialplanung (gos GmbH)
Sozialpädagogisches Institut (SPI), Berlin
AWO Bezirksverband Hannover
AWO Bezirksverband Württemberg
Bundesvorstand
Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik, Bundes-SGK
AWO Landesverband Hamburg
AWO Landesverband Bremen, stellv. Vors.
Verein für Behindertenhilfe Hamburg
SPD-Parteivorstand
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), Frankf./M.

Fachausschuss Jugend, Frauen, Familie und Senioren

Christiane Reckmann, Vorsitzende
Petra von Barga
Marion Ernst
Karl Hauke
Katharina Heininger
Gerda Holz
Dr. Birgit Hoppe
Gertrud Löhken-Mehring
Petra Mackroth
Karin Schüler
Gerwin Stöcken
N.N.

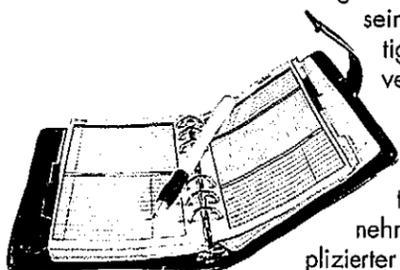
Bundesvorstand
AWO Bezirksverband Hannover
Saarland
Sozialpädagogisches Institut, (SPI), Köln
AWO Bezirksverband Niederrhein, Lore-Agnes-Haus
ISS, Frankfurt/Main
SPI, Berlin, stellv. Direktorin
AWO Bezirksverband Westl. Westfalen
SPD-Parteivorstand
Bundesverband
Bundesvorstand
Bundesjugendwerk

Fachausschuss Ausländerpolitik und Migration

Rudi Frick, Vorsitzender	Bundesvorstand
Marianne Beck	Bundesvorstand
Bernd Geiß	Büroleiter der Ausländerbeauftragten
Hildegard Hundt	AWO Landesverband Brandenburg
Markus Mesch	Bundesjugendwerkvorstand
Markus Priesterrath	Mitarbeiter des Aussiedlerbeauftragten
Anton Rütten	Leiter des Ref. Migration, Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Soziales, NRW
Dr. Aydin Sayilan	Geschäftsführer HDF (Föderation der Volksvereine)
Christine Schubert	AWO Kreisverband Nürnberg, Leiterin des Fachbereichs Jugend und Migration
Günther Schultz	Friedrich Ebert Stiftung
Karl-August Schwarthans	AWO Kreisverband Duisburg, Fachbereichsleiter Soziale Arbeit

In eigener Sache – Zur Arbeit des Vorstands

In mehreren Sitzungen befasste sich der Bundesvorstand in eigener Sache mit Strukturfragen zu seiner Arbeitsweise und zukünftigen Aufgaben. Projektarbeit, vertiefte theoretische Diskussionen, eine Informationsvernetzung und Nutzung der neuen Kommunikationsmittel sollen die Wahrnehmung von Aufgaben unkomplizierter und effizienter machen.



Die Arbeit des Vorstandes steht für eine bundeseinheitliche Orientierung des Verbandes, betont die Interessenslage der Mitglieder und der Träger von sozialen Dienstleistungen. Dies bedingt im Hinblick auf den Aufbau und die Aufgaben des Verbandes eine Professionalisierung des Ehrenamtes, aber auch eine stärkere Verzahnung

mit den Gliederungen sowie eine stärkere öffentliche Darstellung der gesamten AWO.

Der gesellschaftliche Systemwechsel in Deutschland und in der Europäischen Union stellt die Arbeit von Vorständen in Nichtregierungsorganisationen, die als sozialpolitischer Lobbyist und zugleich am Markt als Dienstleister auftreten, vor neue Herausforderungen. In diesem Zusammenhang sind Aufgaben, wie Risikomanagement oder das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich oder „Basel II“ von herausgehobener Bedeutung und Auswirkung.

Der Bundesvorstand nahm bezüglich der Selbstverständnisdebatte Änderungen in seiner Geschäftsordnung vor und wird in der laufenden Amtsperiode den Reformprozess fortsetzen.

Verbandsentwicklung

Tariffragen

Bundesvorstand und Bundesausschuss haben sich im Geschäftsjahr mehrfach intensiv mit Tariffragen auseinandergesetzt. Anlass war der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst, der für die Beschäftigten in den westlichen Ländern übernommen worden war, im Tarifgebiet Ost dagegen nicht.

Der Bundesvorstand bewertet die Ursache des Konfliktes weder als ein spezifisches Ost-Problem noch als generelle tarifpolitische Problematik, sondern sieht in der mangelnden Refinanzierung der Dienste und Einrichtungen der AWO durch die öffentlichen Träger das eigentliche Politikum.

Marketing

In der Frage nach der Positionierung des Verbandes als einer ehrenamtlichen Säule der Zivilgesellschaft und als professionelle soziale Dienstleistungsorganisation hat der Vorstand die Fortentwicklung im Bereich Marketing begrüßt. So werden über die Helene-Simon-Akademie Marketingseminare für Geschäftsführer, Führungskräfte und Vorstände angeboten. Dabei ist auch eine regionale Durchführung von Seminaren auf der gleichen konzeptionellen Grundlage möglich.

Bei den AWO-Kindertageseinrichtungen ist eine Kundenbefragung über Kundenerwartungen und Bedürfnisse durchgeführt worden. Die Ergebnisse sollen die Grundlage für die Entwicklung eines Familienportals im Internet bilden. Dieses Portal geht zurück auf eine Geschäftsidee, die in der Marketingstudie des Beratungsunternehmens Transnova entwickelt worden ist.

Der Bundesvorstand geht davon aus, dass das Familienportal mit dem Namen „vitawo“ im kommenden Jahr der Öffentlichkeit vorgestellt werden kann.

Fachpolitik und Gesetzgebung

Soziale Demokratie im Wandel

In der Vorbereitung auf die Sonderkonferenz im Herbst 2002 in Aachen hat sich der Bundesvorstand mit den Zwischenergebnissen aus der Bundeskommission und den Regionalkonferenzen wiederholt befasst. Die Sonderkonferenz wird unter dem Thema „Soziale Demokratie im Wandel“ stehen.

Der Bundesvorstand hat dabei noch einmal die Aufgabe der Kommissionen beschrieben, näm-

lich die gesellschaftlichen Veränderungen aufzugreifen, darzustellen und die Folgen für den Sozialstaat und die Rolle der Wohlfahrtsverbände herauszuarbeiten.

Die gesellschaftspolitische Diskussion zur Zukunft der Zivilgesellschaft findet parallel zur Programmdebatte in der SPD statt. Die AWO will durch eine eigene Positionierung Einfluss nehmen auf die Debatte in der Sozialdemokratie.

Ein menschenwürdiges Leben im Alter ermöglichen

Das Protokoll einer Bundesvorstandssitzung des Geschäftsjahres verzeichnet die Feststellung „der Vorstand bedauert die Lebens- und Praxisferne der Gesetze“. Der Bundesvorstand fasste damit die eingehenden Diskussionen und Beratungen über zwei Gesetze der Bundesregierung zusammen, mit denen der Gesamtverband im politischen Vorfeld befasst war.

Zur Novellierung des Heimgesetzes und zu den Inhalten des Pflegequalitätssicherungsgesetzes sah sich die AWO zu umfangreichen Stellungnahmen und fachpolitischen Interventionen bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestages veranlasst. Die AWO wurde in ihrer strikten Ablehnung gestützt durch eine breite Koalition zwischen den Trägern von Altenhilfeeinrichtungen bis hin zu den Pflegekassen als Kostenträger.



Kernpunkt der Kritik war und bleibt die Auffassung der AWO, dass im Bereich der Sozialversicherungen sich die Selbstverwaltung nicht nur bewährt, sondern durch den Gesetzgeber auch immer wieder gestärkt worden ist, während sie ohne Not in der sozialgesetzlichen Pflegeversicherung nun herb eingeschränkt wird.

Erstmalig hatten sich im Verfahren alle Spitzenverbände und die Krankenkassen

in einer gemeinsamen Stellungnahme für eine Selbstverwaltung ausgesprochen.

Aus Sicht der AWO sind vom gesetzgeberischen Inhalt her wenige Elemente als positiv zu vermerken: So ist durchgesetzt worden zum einen die Einführung eines Qualitätsmanagements und zum anderen – in der letzten Phase der Beratungen zum Pflegequalitätssicherungsgesetz (PQSG) – ein Personalbemessungsverfahren als zwingende Voraussetzung einzuführen. Die Bemühungen, den bürokratischen Überbau abzuschaffen, waren dagegen erfolglos.

Es muss versucht werden, das ist die Auffassung des Bundesvorstandes, die Gesetzesinhalte und Verordnungen so praxisnah wie möglich zu gestalten und die Heimbeiräte durch Fortbildung auf ihre Aufgaben vorzubereiten.

Ehrenamt im Wandel

Anlässlich des „Internationalen Jahres der Freiwilligen 2001“ beschloss der Vorstand, den Sozialbericht unter das Thema „Ehrenamt im Wandel“ zu stellen. Der Bericht, der im wesentlichen

als wissenschaftlicher Autorenbericht konzipiert wurde, ist durch eine Vorstandsgruppe mit den Mitgliedern Marianne Beck, Wilhelm Schmidt und Hansjörg Seeh begleitet worden.

Fachpolitische Stellungnahmen

Familie, Kinder, Sterbebegleitung, Bioethik und Genforschung, Bericht der Bundesregierung über Armut und Reichtum der Bundesregierung, Zuwanderung: Themen, zu denen sich der Bundesvorstand mit Stellungnahmen an die Öffentlichkeit wandte:

- Der Vorstand nahm Stellung zum 6. Familienbericht der Bundesregierung.
- Der Vorstand setzte sich mit Unterstützung des Bundesausschusses bei den Bundesländern für eine Zustimmung zum Regierungsentwurf zur Staatsbürgerschaft von Kindern ausländischer Familien ein und kündigte an, dass die AWO in ihren Einrichtungen und Projekten weiterhin für die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit werben wird.

- Der Bundesvorstand verabschiedete ein Grundsatzpapier zur Sterbebegleitung in stationären Einrichtungen der Altenhilfe mit Aussagen zur palliativen Behandlung und Pflege sowie Forderungen an den Gesetzgeber.
- Im Oktober veröffentlichten Bundesvorstand und Bundesausschuss Grundaussagen zur Bioethik und Genforschung.
- Der Sozialbericht 2000 der Arbeiterwohlfahrt zur Lage der Kinder in Deutschland lenkte das Medieninteresse auf das Thema Kinderarmut. Der Bundesvorstand begrüßte daher, dass die Bundesregierung ihre Zusage aus dem Koalitionsvertrag, einen Bericht über Armut und Reichtum in Deutschland vorzulegen, einlöste. Die AWO wird die

Feststellungen aus dem Regierungsbericht einerseits zum Gegenstand politischer Forderungen machen, zum anderen zu bewerten haben, welche konkreten Handlungsschritte sich daraus in der Arbeit des Verbandes ergeben.

- Mit Aufmerksamkeit vermerkte der Bundesvorstand die politische Konsenssuche für ein modernes Zuwanderungsrecht in Deutschland. Nach Auffassung des Vorstandes führten die terroristischen Anschläge des 11. September zu einem roll-back in Fragen künftiger Einwanderungspolitik und Integration. Politisch setzte sich der Bundesverband dafür ein, dass in einem künftigen Gesetz die Integrationsaufgabe stärker zu beschreiben ist, die Finanzierung von Integrationsaufgaben zu regeln ist und die Frage der Behandlung der zur Zeit im Land lebenden

Illegalen geklärt werden muss. Nachdrücklich setzte sich der Vorstand für ein Zuzugsalter bei Kindern von 18 Jahren ein, weil dies eine EU-Richtlinie vorgibt.



Aus Anlass des 40-jährigen Bestehens der Ausländersozialdienste im Jahr 2002 beschloss der Vorstand als verbandliches Schwerpunktthema Migration und Integration.

Bundesjugendwerk

Regelmäßig informierte sich der Bundesvorstand über Aktivitäten und Entwicklungen im Bundesjugendwerk. Gemeinsam mit dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) führt das Bundesjugendwerk ein Projekt zum Thema Kinderarmut durch.

Hohe Aufmerksamkeit erreichte die gemeinsam mit dem Bundesverband erstellte Dokumentation „Initiativen gegen rechts“ und führte dazu, dass das Bundesjugendwerk verstärkt zu thematischen Veranstaltungen eingeladen wurde.

Ehrungen

Marie-Juchacz-Plakette

Für herausragende Verdienste um die Arbeiterwohlfahrt verlieh der Bundesvorstand im Jahr 2001 als höchste Auszeichnung des Verbandes die Marie-Juchacz-Plakette an:

- Karl Schieferstein, AWO-Bezirksverband Hessen-Süd.
- Helmar Dengscherz, Bezirksverband Ober- und Mittelfranken.

Heinrich-Albertz-Friedenspreis

Zum zweiten Mal verlieh der Bundesvorstand den Heinrich-Albertz-Friedenspreis. Preisträger

war der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel. Von ganz besonderer Wertschätzung des Preises, der Verleihung und des Preisträgers war die Mitteilung von Bundespräsident Dr.



h.c. Johannes Rau an den Vorstand, die Laudatio auf den Preisträger halten zu wollen. An Johannes Rau war der Preis 1999 zum ersten Mal verliehen worden. Ein ausführlicher Bericht findet sich an anderer Stelle in diesem Jahresbericht.

Mitgliederentwicklung

Das vorläufige Ergebnis der Abrechnung der Beitragsmarken 2001 und das endgültige Ergebnis für das Jahr 2000 lassen erkennen, dass sich der rückläufige Trend in der Mitgliederentwicklung fortsetzt. Obwohl regional punktuelle Erfolge zu verzeichnen sind, wird es immer schwieriger neue Mitglieder für den Verband zu gewinnen.

Die Einführung des Familienbeitrages hat rein zahlenmäßig zu neuen Mitgliedern (vor allem minderjährige Mitglieder) geführt, deren genaue Zahl kann jedoch auf Grund des in 2000 noch vollständig bestehenden Beitragsmarkensystems nicht beziffert werden.

Die Beschlüsse der Bundeskonferenz und des Bundesausschusses zeigen eine inzwischen hohe Akzeptanz der **Zentralen Mitglieder- und Adressverwaltung (ZMAV)** im Verband. Die entsprechenden Vorarbeiten wurden bestätigt, weitere umsetzende Maßnahmen eingeleitet. Es ist davon auszugehen, dass mit dem Geschäftsjahr 2003 die exakte Mitgliederzahl durch die ZMAV zeitnah ermittelt werden kann. Damit würde dann das Beitragsmarkensystem ein Relikt der Vergangenheit werden. Mit Blick auf die sinkenden Mitgliederzahlen wird das Instrument ZMAV nicht nur den Service für die Verbandsgliederungen deutlich verbessern, sondern auch zusätzliche Mitglieder durch entsprechend abgestimmte Aktionen gewinnen können.

Jahr	Stückzahl	Veränd. in %	DM-Wert	Veränd. in %	durchschn. DM Markenwert	Veränd. in %
1995	6.239.323		27.059.816		4,337	
1996	6.558.285	5,11	29.036.855	7,31	4,428	2,087
1997*	5.687.904	-13,27	31.142.366	7,25	5,475	23,663
1998	5.511.510	-3,10	30.427.897	-2,29	5,521	0,833
1999	5.394.318	-2,13	29.896.972	-1,74	5,542	0,390
2000	5.095.595	-5,54	28.380.162	-5,07	5,570	0,491
2001**	4.891.800	-4,00	27.245.000	-4,00	5,570	0,000

* Anhebung des Mindestbeitrags auf DM 5,-, Einführung Familienbeitrag
 ** Vorläufiges Ergebnis

Zur Tarifpolitik und Tarifentwicklung

Bei einem Spitzengespräch am 24.7.2001 bekannten sich die Vorsitzenden von AWO, Dr. Manfred Ragati, und ver.di, Frank Bsirske, zum Flächentarif bei der AWO, betonten aber zugleich, dass die bestehenden Regelungen der Erneuerung bedürfen. Den veränderten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen soll durch eine Vereinfachung

und eine neue Entgeltstruktur Rechnung getragen werden. Damit ist eine Loslösung von den Regelungen des Öffentlichen Dienstes und eine eigenständige AWO-orientierte Entwicklung der Tarifwerke auf die Schiene gesetzt worden. Die Reform-Tarifverhandlungen sind umgehend nach dem Spitzengespräch aufgenommen worden.

Marie-Juchacz-Stiftung

Die Marie-Juchacz-Stiftung konnte das Stiftungskapital auf insgesamt 1.080.000,- DM zum Stichtag 31.12.2001 erhöhen. Aufgrund der Tatsache, dass Bindungen, die auf einem der Nachlässe lagen, entfallen sind, werden mit dem Jahresabschluss 2001 erstmals Förderungen im Rahmen der Richtlinien möglich sein. Die positive Zinsentwicklung im Rahmen der Anlagepolitik der Stiftung hat diesen positiven Trend noch verstärkt.



Satzungsgemäß wurde der Stiftungsrat neu gewählt bzw. berufen. Mitglieder des Stiftungsrates sind der Bundesvorsitzende der AWO, Dr. Manfred Ragati, als geborenes Mitglied, sowie für die nächsten vier Jahre Dr. Helga Henke-Berndt, Wolfgang Altenbernd sowie Max von Heckel und Dr. Manfred Scholle.

Treuhänderisch verwaltete Stiftungen

Die Marie-Juchacz-Stiftung konnte im Jahr 2001 eine weitere rechtlich unselbständige Stiftung als Treuhänderin aufnehmen. Die „Stiftung Zukunft der AWO Ennepe-Ruhr“, die ihren Sitz in Gevelsberg hat, wurde am Tag des Ehrenamtes am 05.12.2001 feierlich aus der Taufe gehoben. Die Stiftung hat es sich zum Ziel ge-

setzt, u.a. innovative Projekte im Ennepe-Ruhr-Kreis zu fördern. Neben Vertretern der stiftenden AWO-Gliederungen und des Rechtsträgers konnten auch örtliche Unternehmer gewonnen werden, sich finanziell und in persona an der Stiftung zu beteiligen.

Zivildienst

Der Zivildienst geriet bei den Verbänden zum Krisenmanagement. Im Geschäftsjahr waren die Folgen massiver Kürzungen im Zivildienst politisch zu bewerten. Gemeinsam nahmen die BAGFW-Verbände zum Entwurf des Bundeswehrneuausrichtungsgesetzes kritisch Stellung. Die Kritik richtete sich u.a. an die Regelung eines geteilten Dienstes und die Schlechterstellung von Zivildienstleistenden im SGB III sowie an die zusätzlichen Belastungen der Beschäftigungsstellen bei einer erneuten Dienstzeitverkürzung auf 10 Monate.

In Gesprächen mit dem für den Zivildienst zuständigen Bundesministerium für Familie, Se-

nioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) wurde die Steuerung der durch die Bundesregierung beschlossene Deckelung der Zahl der im Jahresdurchschnitt im Dienst befindlichen Zivildienstleistenden erörtert. Die Gespräche zwischen BAGFW und BMFSFJ/BAZ dienten dem Ziel, realisierbare Wege zu finden, damit so viel Zivildienstpflichtigen wie möglich der umgehende Weg in den Zivildienst geebnet werden kann. Trotz großer Bemühungen, auch der verbandlichen Verwaltungsstellen, waren bundesweit letztlich nur 118.000 statt der möglichen 124.000 Zivildienstleistenden im Jahresdurchschnitt im Einsatz.

Vorhandene und belegte Zivildienstplätze bei der Arbeiterwohlfahrt nach Tätigkeitsgruppen
Gegenüberstellung 2000/2001

Tätigkeitsgruppe	Stichtag: 15.12.2001			Vergleichszahlen mit Stichtag 15.02.00 Angabe vom BAZ vom 16.02.2000		
	ZDP	belegte ZDP	Belegungs- quote in %	belegte ZDP	ZDP	Belegungs- quote in %
(01) Pflegehilfe und Betreuungsdienste*	6209	3613	58,19%	5939	3775	63,56%
(02) handwerkliche Tätigkeiten	1347	959	71,20%	1325	987	74,49%
(03) gärtnerische und landwirtschaftl. Tätigkeiten	112	66	58,93%	107	71	66,36%
(04) kaufmännische und Verwaltungstätigkeiten	124	37	29,84%	124	53	42,74%
(05) Versorgungstätigkeiten	367	251	68,39%	386	272	70,47%
(06) Tätigkeiten im Umweltschutz	4	2	50,00%	5	2	40,00%
(07) Kraftfahrtdienste	129	92	71,32%	144	97	67,36%
(08) Tätigkeiten im Krankentransport und Rettungsdienst	0	0	0,00%	0	0	0,00%
(11) Mobile Soziale Hilfsdienste*	1911	899	47,04%	2360	1285	54,45%
(19) Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung (ISB)*	772	197	25,52%	806	240	29,78%
(45) ISB von Kindern*	112	52	46,43%	91	47	51,65%
(98) Spitzensportler	14	3	21,43%	14	4	28,57%
Summe:	11101	6171	55,59%	11301	6833	60,46%
*im unmittelbarem Dienst am Menschen	9004	4761	52,88%	9.196	5.374	58,14%

Anm.: Die Zahl der sich im Dienst befindenden ZDLer ist aufgrund von Überlappungen höher.

Internationales Jahr der Freiwilligen 2001

Die Vereinten Nationen (UN) haben im Internationalen Jahr der Freiwilligen das Bürgerengagement für die Gemeinschaft gewürdigt. Viele

Länder, darunter die Bundesrepublik Deutschland, waren mit nationalen Programmen an diesem Aktionsjahr beteiligt.



Mit einer Auftaktveranstaltung begann das Internationale Jahr der Freiwilligen am 5. Dezember 2000 in Bonn

Die AWO-Initiative Ehrenamt gehörte mit ihrer im Vorjahr begonnen „Aktion 1000 X ist was passiert...“ zu dieser Kampagne. Das Projekt galt der Vielfalt des ehrenamtlichen Engagements im Verband. Gesucht waren 1.000 Aktivitäten mit und von Freiwilligen, Bewährtes und Neues, mit der Absicht, sie sowohl im Verband als auch in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Gefragt waren laufende Projekte ebenso wie solche, die erst geplant wurden. Es sollten überschaubare Vorhaben mit konkreter Aufgabenbeschreibung sein, in denen auch die gestellten Anforderungen an Freiwillige deutlich werden sollten. Weit über 200 Projekte wurden eingereicht. Die Projektliste kann im Internet unter www.awo.org über „Initiative Ehrenamt“ aufgerufen werden.

Das in der Fachöffentlichkeit beachtete Projekt versprach neuen Schwung für die Arbeit mit Freiwilligen und regte Reformprozesse an. Fünf beispielhafte Freiwilligenprojekte aus der Kampagne wurden anlässlich des Parlamentarischen Abends der AWO in Gegenwart der Bundesfamilienministerin Christine Bergmann ausgezeichnet. Als Anerkennung für die geleis-



Vor dem Berliner Reichstagsgebäude übergaben Bundesfamilienministerin Christine Bergmann und AWO Vorsitzender Manfred Ragati Fahrzeuge an die Projekte, die im Rahmen der Aktion „1000 x ist was passiert ...“ erfolgreich teilgenommen hatten.

Die AWO engagiert sich gemeinsam mit anderen in einem „Verbändeforum Ehrenamt“, um Interessen der Freiwilligenarbeit wirkungsvoll zu vertreten. Dem Forum gehören an: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW), Bundesjugendring, Deutscher Feuerwehrverband, Deutscher Kulturrat, Deutscher Sportbund, Evangelische Kirche in Deutschland

Ihr Projekt im Internet

Um eine große Öffentlichkeit zu erreichen, haben Sie die Möglichkeit, Ihr Projekt auf den Internetseiten der AWO einzustellen. Dazu füllen Sie den Meldebogen auf der Homepage des AWO Bundesverbandes aus: www.awo.org. Die Seite ist ab dem 1. November 2000 für Sie eingerichtet. Der Meldebogen (Rückseite) ist dann fertig - um Dokumentation wird dennoch gebeten.



Einwandeschluss ist der

Das gibt's nur einmal...
130 Smarts im AWO-Design.



Alle bis zum 31. Dezember 2000 eingereichten Projekte nehmen an einer Fahrzeugaktion teil. Die Träger der ersten, nach der Bundeskonferenz (vom 30. Oktober bis 1. November 2000) eingereichten 100 Projekte erwerben ein Anrecht auf ein Smart-Fahrzeug mit einem Eigenanteilanteil in Höhe von 5.000 Mark. Die Fahrzeuge sollen überwiegend in ambulanten Diensten der AWO zum Einsatz kommen.

Beispiel: Die Initiative des Ortsvereins Groß-Ehrenamt ist bis Ende 2000 beim AWO-Bundesverband eingegangen (oder wurde im Internet beschrieben). Dem Umwelt der Träger des Projektes eine Belegberechtigung mit Eigenanteil für einen Smart. Der „Gewinn“ kann auch an einem mobilen Dienst im AWO-Bereich abgetreten werden. Über Gegenleistungen entscheiden die Beteiligten in eigener Verantwortung.

Zu beachten:
Die Einverständ bis zum 31. Dezember 2000 gilt nur für die Projekte, die an der Fahrzeugaktion teilnehmen wollen. Alle anderen können bis zum 30. September 2001 gemeldet werden. Berücksichtigt werden alle Projekte, die nach den genannten Kriterien (siehe Rückseite) dokumentiert sind. Dabei muss nicht jedes Kriterium erfüllt sein.

tete Arbeit wurde jeweils ein Fahrzeug an die Preisträger übergeben.



(EKD), Trägerkreis Nachweisaktion. Die Verbände sind überzeugt, dass ein demokratisches Gemeinwesen auch verlässlicher Verbandsstrukturen bedarf, in denen Menschen zu kontinuierlicher Mitarbeit und Verantwortung bereit sind.

Ebenfalls als einen Beitrag zum Internationalen Jahr veranstaltete die AWO die Europatagung



„Sozialer Kitt für Europa“ gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung. Im Mittelpunkt der Tagung standen Überlegungen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa. Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa braucht auch den sozialen und den zivilen Dialog. Er beinhaltet unterschiedlichste Formen, wie Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben gestalten und demokratische Teilhabe organisieren, wie sie ihr Sozialkapital bilden. Diese Unterschiedlichkeit gilt es nicht zu vereinheitlichen, sondern sie bedarf der Förderung und Unterstützung bei Wahrung kultureller Traditionen.

Der Sozialbericht 2001



Vor der Bundespressekonferenz in Berlin stellte die AWO den Sozialbericht 2001 „Ehrenamt im Wandel“ vor. AWO-Bundesvorsitzender Dr. Manfred Ragati wandte sich dabei strikt gegen wiederkehrende Überlegungen nach der Einführung sogenannter sozialer Pflichtdienste. Der Autorenbericht aus Politik- und Gesellschaftsforschung stand im Zusammenhang mit dem Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001. Freiwilliges Engagement ist nach den

Vorstellungen der AWO nicht immer zum Nulltarif zu haben. Es muss dabei bleiben, dass Gemeinschaftsaufgaben von den Ländern und Kommunen als politische und soziale Herausforderung begriffen werden. Initialzündungen, die von ehrenamtlichen Initiativen ausgehen, können auch zu arbeitsschaffenden Modellmaßnahmen werden. In der Frage nach einem stärkeren finanziellen Engagement des Staates bei ehrenamtlichen Aufgaben machte die AWO den konkreten Vorschlag, ehrenamtliche Leistungen bei Förderprogrammen und Projekten als geldwerte Eigenleistung anzuerkennen.

Der Sozialbericht 2001 ist in der Schriftenreihe der Bundesverbände erschienen.

Sozialbericht 2001 beim Parlamentarischen Abend

Ganz im Zeichen des gemeinsamen Parlamentarischen Abends von AWO und ASB stand ebenfalls das Internationale Jahr der Freiwilligen. In Anwesenheit zahlreicher Mitglieder des Deutschen Bundestages und Vertreter oberster Bundesbehörden legte die AWO den Politikern den Sozialbericht 2001 vor. Der Bericht leistet eine umfassende Darstellung der Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit für die Gesellschaft und die Arbeiterwohlfahrt als Mitgliederverband. Bürgerschaftliches Engagement wird in der Bestandsaufnahme sowohl

theoretisch mit Beiträgen von führenden Sozialwissenschaftlern als auch von seiner politischen Seite her und mit praktischen Beispielen aufgearbeitet, die ehrenamtliche Arbeit im gesellschaftlichen Wandel dargestellt, eine Begriffsbestimmung vornimmt und politische Rahmenbedingungen aufgezeigt. Die Verbände begrüßten, dass der Deutsche Bundestag über die tagespolitischen Grenzen der Fraktionen hinweg eine Enquete-Kommission zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements eingesetzt hat.



Heinrich-Albertz-Friedenspreis für Paul Spiegel

Heinrich Albertz



Am 22. Januar 1915 in Breslau geboren. Nach dem Theologiestudium in Breslau, Halle und Berlin war er ab 1939 als Vikar tätig. In

den 40-er Jahren mehrfach von den Nazis verhaftet und eingesperrt.

Von 1945 bis 1949 Evangelischer Flüchtlingspastor in Celle. 1946 trat er in die SPD ein. 1947 wurde er als erster Flüchtlingsabgeordneter in den Niedersächsischen Landtag gewählt und war ab Juni 1948 Flüchtlingsminister.

1949 bis 1965 Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt.

1955 folgte Albertz einem Ruf Willy Brandts nach Berlin. 1959 wurde er Leiter der Berliner Senatskanzlei. 1961 Berliner Innenminister. 1963 Bürgermeister und Stellvertreter Brandts. 1966 Regierender Bürgermeister von Berlin. Am 26.9.1967 trat er als Regierender Bürgermeister von Berlin zurück, in dem er die Verantwortung übernahm für die Polizeieinsätze gegen die Studentenproteste während des Schah-Besuches im Juni 1967, bei denen der Student Benno Ohnesorg ums Leben kam.

Das Foto des kantigen Pfarrers ging noch einmal 1975 durch die Weltpresse, als er in Folge der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz als Gewährsmann ein Flugzeug bestieg, das ihn mit den damals freigesessenen Terroristen in den Südjemen ausflog.

1986 zogen Heinrich Albertz und seine Frau Ilse in ein AWO-Altenheim nach Bremen.

Am 18. Mai 1993 starb Heinrich Albertz im Alter von 78 Jahren in Bremen.

Zum zweiten Mal verlieh der Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt den 1998 gestifteten Heinrich-Albertz-Friedenspreis. Im historischen Schöneberger Rathaus von Berlin ehrte die AWO in Anwesenheit des Bundespräsidenten Johannes Rau und zahlreicher Ehrengäste aus Politik und Verbänden den Preisträger Paul Spiegel, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, für seine Verdienste.

Der AWO-Bundesvorstand stiftete 1998 den mit 10.000 Mark dotierten Heinrich-Albertz-Friedenspreis, um Persönlichkeiten an herausragender Stelle für ihre soziale, tolerante, versöhnende Haltung zu ehren. Sie sollen mit dem Preis als Vorbilder in einer offenen und demokratischen Gesellschaft gewürdigt werden. Im Januar 1999 wurde der Preis zum ersten Mal an den damaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, vergeben.

„Mit der Ehrung des Präsidenten des Zentralrats der Juden und Paul Spiegel als Person stellen wir uns an Ihre und an die Seite der Juden in Deutschland“, sagte der AWO-Bundesvorsitzende Dr. Manfred Ragati. Die Verleihung des Preises sei ein Zeugnis der hohen Wertschätzung für den Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, für sein Eintreten für den sozialen, den inneren Frieden und das unerschrockene Engagement gegen Fremden-

feindlichkeit, Fremdenhass, gegen Gewalt und Totschlag im Lande. Dieses Beispiel ermutige die Menschen in der AWO und in vielen anderen Organisationen und Initiativen.

Der AWO-Bundesvorsitzende hob die hohe Ehre für die Arbeiterwohlfahrt hervor, den Bundespräsidenten willkommen zu heißen. Die Anwesenheit des Bundespräsidenten dokumentiere die innere Verbundenheit zu Heinrich Albertz und würdige in ganz besonderer Weise den Preisträger und die Entscheidung des AWO-Bundesvorstandes.

„Es ehrt nicht nur Paul Spiegel, es ehrt auch die Arbeiterwohlfahrt, dass sie diesen Mann auszeichnet“, sagte Bundespräsident Johannes Rau in seiner Laudatio für Paul Spiegel.

Das, was Paul Spiegel zum gesellschaftlichen Prozess in Deutschland beitrage, sei der Beitrag eines deutschen Bürgers jüdischen Glaubens, eines wichtigen Bürgers. Der Bundespräsident nannte Paul Spiegel einen „Mann, den nicht der Glanz des Besonderen, sondern die Schönheit des Alltäglichen auszeichnet“.

Der Bundespräsident würdigte Spiegel als einen Mann, der Versöhnungsarbeit leiste, der seine alltägliche Arbeit so tue, dass die Gleichwertigkeit der Menschen, nicht die Vorrangigkeit einer Gruppe in den Mittelpunkt des Re-



dens, Denkens und Handelns stellt. Den Alltag menschlicher zu machen, das sei auch im Sinne dessen, was Heinrich Albertz gewollt habe. Darum sei die Arbeit, das Werk von Paul Spiegel so wichtig.

Der Präsident des Zentralrates Paul Spiegel dankte der AWO für die Auszeichnung und für die

Laudatio des Bundespräsidenten. Dass sich ein Staatsoberhaupt die Zeit nehme, nicht nur an einer Preisverleihung teilzunehmen, sondern auch die Laudatio zu halten, sei eine ganz besondere Auszeichnung, sagte Spiegel in seiner Rede. Er nannte Heinrich Albertz eine überzeugende Persönlichkeit, die sich durch Menschlichkeit und Unerschrockenheit ausgezeichnet habe. Unvergesslich bleibe für viele,

Initiativen gegen rechts

Anlässlich der Verleihung des Heinrich-Albertz-Friedenspreises legte die Arbeiterwohlfahrt eine Dokumentation über präventive Projekte und Initiativen gegen Rechtsradikalismus in Deutschland vor.

Die Dokumentation erinnert mit dem Titel „Wir lassen es uns nicht gefallen, dass hierzulande Menschen wieder Angst haben müssen“ an die Rede Paul Spiegels vor dem Brandenburger Tor am 9. November 2000.

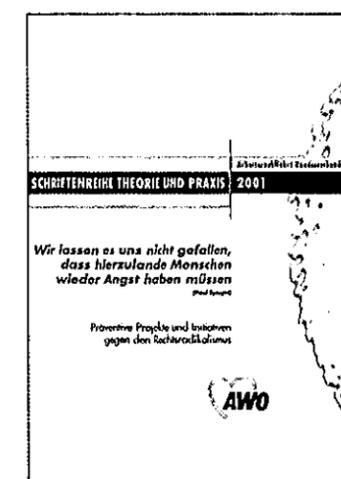
Mit der Beschreibung von 120 Projekten und Initiativen legten die AWO und die AWO-Jugendwerke ihre Aktivitäten des Verbandes gegen den Rechtsextremismus vor.

Im Jahr 2000 gab es in der Bundesrepublik Deutschland rund 16.000 rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten. Die AWO sieht diese Entwicklung mit großer Sorge um das Zusammenleben in Städten und Gemeinden.

wie Albertz sein Leben freiwillig in die Hand von Terroristen gab, um das Leben eines entführten Mannes zu retten.

Heinrich Albertz Engagement für das selbstverständliche Recht aller, ein menschenwürdiges Leben zu führen, sei auch ihm stets vorbildlich gewesen. Der Zentralratspräsident ging in seiner Ansprache auf die Welle rechtsextremistischer und antisemitischer Gewalttaten in Deutschland ein. „Niemand“, so Spiegel „hat sich vorstellen können, dass man in Deutschland in diesem Umfang wieder anfällig werden könnte für die Ideologie der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus“. Es sei um so bestürzender, dass besonders so viele junge Leute anfällig geworden sind. Die Auszeichnung mit dem Heinrich-Albertz-Friedenspreis gebe ihm Kraft, auch künftig dazu beizutragen, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, Rasse und Neigung durch Toleranz und gegenseitige Achtung zu einem friedlichen Zusammenleben finden.

Seit vielen Jahrzehnten engagiert sich die AWO für die Rechte ethnischer Minderheiten. In über 400 Beratungsstellen für Migranten/innen bietet die AWO Beratung bei rechtlichen und sozialen Fragen der Zuwanderer an. Die AWO setzt sich im politischen Raum für Partizipation und Chancengleichheit von Migranten/innen ein. Die AWO und die Jugendwerke kommen mit ihren Projekten und Initiativen auch einer Aufforderung des Bundespräsidenten nach, der am 9. November 2000 die Öffentlichkeit dazu aufgerufen hatte, dass ehrenamtliche Arbeit für ein friedliches Miteinander die Unterstützung durch öffentliche Stellen, durch Verbände und Unternehmen brauche.



Öffentlichkeitsarbeit

50 Jahre Grafik der Gegenwart



Der Kalender Grafik der Gegenwart beging im Geschäftsjahr den 50. Geburtstag. Seit 1951 präsentiert der Bundesverband in einer jährlichen Ausstellung und in seiner Kalenderedition zeitgenössische Künstler mit einer Auswahl ihrer Werke. Die jährliche Grafikedition ist die erfolgreichste ihrer Art.

Der erste Wandkalender des damaligen

Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt, war mit Reproduktionen bekannter grafischer Werke ausgestattet und erschien in hoher Auflage. Seinerzeit sollte den aus der Emigration zurückkehrenden Künstlerinnen und Künstlern sowie dem begabten Nachwuchs ein Forum geboten werden, das gleichzeitig für die AWO die Möglichkeit eröffnete, über die Sozialarbeit und die sozialpolitische Tätigkeit hinaus auch ein bildungs- und kulturpolitisches Engagement verbindlich darzustellen. Kunst sollte aus dem privilegierten Rahmen herausgelöst werden, auf einen Weg zum allgemeinen Ver-

ständnis. Den Kalender betreuten in den 50 Jahren Gertrud Sentke, Werner Schriefers und Hans M. Schmidt als Kuratoren. Dem Auswahlgremium für die Herausgabe des Kunstkalenders gehören Elfriede Eilers, Hermann Buschfort, Erwin Borm, Dr. Helga Henke-Berndt, Melanie Schulz, Rudi Frick, Otto Drewes und Georg Breitwieser an.

Das qualitativ anspruchsvolle und künstlerisch aktuelle Bilder-Panorama, das die Vielfalt der Generationen ebenso reflektiert wie die künstlerischen Positionen aus der ganzen Republik, gehört auch weiterhin zu den Richtwerten künftiger Arbeit des AWO-Kalenders. Die zum Verständnis der Abbildungen hilfreichen Texte auf den Rückseiten sollen bündig das Wesentliche des jeweiligen Bildgehaltes vermitteln, Seh- und Gedankenhilfe sein.

Zur Verwirklichung der Konzeption trägt auch das Erreichen einer wirtschaftlich sicheren Auflage (z.Zt. 12.000 Exemplare) zum Fortbestand dieses Kunstobjektes bei. Nur durch die überzeugenden Bestellungen aus den vielen Verbandsgliederungen der AWO ist das möglich.

Neben dem Künstlerforum Bonn, wo die Ausstellung „Grafik der Gegenwart“ jeweils in den letzten Jahren zum ersten Mal zu sehen war, gastierte die Jubiläumsschau in der Toskanischen Säulenhalle des Zeughauses in Augsburg.

Medienarbeit

Das Jahr 2001 war ein Jahr der Katastrophen. Neben dem 11. September, der die Welt durch eine Terroranschlag erschütterte, veränderte und in seinen Folgen für ein Flüchtlingsdrama in Afghanistan und den Anrainerstaaten sorgte, wurden viele Länder von schweren Erdbebenkatastrophen heimgesucht. Für die betroffenen Menschen in El Salvador, Indien, Peru rief die AWO in den Medien zu Spenden auf.

Die politischen Themen für öffentliche Erklärungen waren die Rentenreform der Bundesregierung, das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Beitragsfinanzierung der Pflegeversicherung, Stellung-



nahmen zum Pflegequalitätssicherungsgesetz und zum Heimgesetz, eine politisch und fachliche Bewertung des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung, eine Forderung zur Einbürgerung von Ausländerkindern, Ver-

lautbarungen zur Gesundheitsreform, zur Vorlage des Berichtes der Zuwanderungskommission, zu den „Wisconsin“-Sozialhilfemodellen des hessischen Ministerpräsidenten und schließlich zu den Ergebnissen der PISA-Studie.

AWOmagazin

Die Mitgliederzeitschrift AWOmagazin erschien im Geschäftsjahr im 46. Jahrgang mit sechs Ausgaben. Die Zeitschrift erreicht eine durchschnittliche Auflage im Abonnement von 55.000-60.000 Exemplaren. Das redaktionelle Konzept verfolgt das Ziel über sozial- und wohlfahrtspolitische Entwicklungen zu berichten und

sie zu hinterfragen, sie stellt Einrichtungen aus dem Verband vor, die über die Region hinaus beispielgebend sind, informiert über größere Veranstaltungen, berichtet im Länderteil über Projekte, Einrichtungen und Events der Verbandsgliederungen, gibt in einer regelmäßigen Rubrik Fachinformationen und Literaturhinweise.



Wohlfahrtsbriefmarken

Jedes Jahr im Herbst gibt das Bundesfinanzministerium Wohlfahrts- und Weihnachtsmarken zu Gunsten der Freien Wohlfahrtspflege heraus. Die fünf Wohlfahrtsmarken 2001 hatten die internationale Welt des Films zum Thema: Vier Marken würdigen die „Alt“-Stars Charlie Chaplin, Marilyn Monroe, Greta Garbo und Jean Gabin. Ein Motiv zeigte als Symbol der Hollywood-Welt eine Filmrolle.

Die Sondermarken mit dem Zuschlag für soziale Hilfen sind das ganze Jahr über bei Einrich-





tungen und Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege erhältlich.

Aus den Zuschlagserlösen werden unterschiedlichste Hilfsprojekte gefördert: Vom Kindergarten und Jugendclub, über die Unterstützung alter, kranker und behinderter Menschen, bis hin zu Hilfen für Opfer von Kriegen und Naturkatastrophen.

Bundespräsident Johannes Rau ist Schirmherr des Sozialwerkes Wohlfahrtsmarken. Ihm werden die neuen Wohlfahrtsmarken durch den Bundesfinanzminister überreicht. Anlässlich dieser Markenübergabe werden traditionell Freiwillige Helfer der Wohlfahrtsverbände für ihr besonderes Engagement beim Verkauf des „Porto mit Herz“ geehrt.

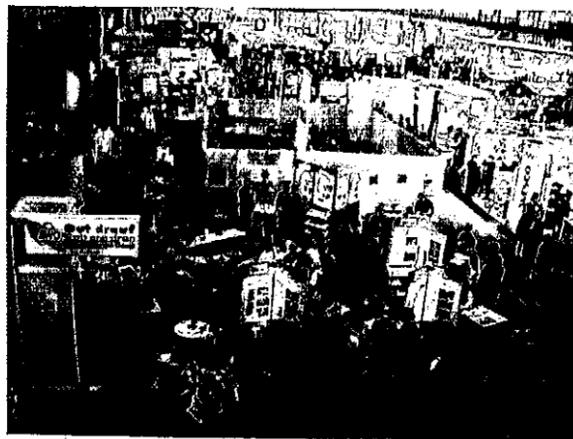


AWO AKADEMIE HELENE SIMON

- Die internationale PISA-Studie hat für neuen Schwung in der Bildungsdebatte gesorgt. Dem ersten Schock über das Abschneiden des deutschen Bildungswesens

folgte eine bis heute anhaltende hitzige Debatte über die Konsequenzen im schulischen wie außerschulischen Bereich. Als Fortbildungsinstitution, die „lebenslanges Lernen“ als ein durchgängiges und übergreifendes Prinzip postuliert, sind wir in dem aktuellen Bildungsdiskurs – der uns über das Jahr 2001 hinaus begleiten wird – involviert.

Das Geschäftsjahr 2001 begann für die Akademie jedoch mit anderen Schwerpunkten. Zu-



Bildungsmesse in Hannover

nächst stand Anfang Februar 2001 die in Bonn durchgeführte europäische Tagung zum Internationalen Jahr der Freiwilligen im Zentrum des Akademiegeschehens. Danach folgte im selben Monat die inhaltliche und organisatorische Beteiligung an der Bildungsmesse in Hannover, die vom 19.-23.02.01 unter dem Motto stand: „Gut drauf, statt arm dran – Chancengleichheit durch Bildung“.

Eingebunden in verbandsstrategische Überlegungen war eine weitere zentrale Großveranstaltung für die AWO-Akademie der 2. Kongress der Sozialwirtschaft, der im Mai 2001 in Braunschweig stattfand und in Kooperation zwischen AWO-Bundesverband, BAGFW, BFS und Nomos-Verlag organisiert und ausgerichtet wurde.

Schließlich wurde im Oktober der dreitägige Kongress: „Fortbildung 2001plus – Motor für Entwicklung“ hauptverantwortlich von der AWO-Akademie mitgeplant, organisiert und durchgeführt. Träger dieser in Berlin stattgefundenen Veranstaltung war die Konferenz bundeszentraler Fortbildungsinstitutionen, einem Zusammenschluss von zur Zeit 14 Akademien der beruflichen Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeiter/-innen der Jugend-, Sozial- und Kulturarbeit.

Hinsichtlich der fach- und methodenbezogenen Angebote wurden auch in 2001 mehrere langfristige Fortbildungsreihen erfolgreich ab-

geschlossen. Hierzu gehörten die Kursreihen „Mediation“, ein Grundkonzept zum Erarbeiten von Konfliktlösungsstrategien und „Systemische Pädagogik“, ein Entwicklungskonzept systemischer Kompetenz in der sozialen Arbeit. Im Akademiesegment Europa hatte die Modulreihe „Europaqualifizierung 2001“ großen Zulauf. Ziel dieser Fortbildung war es, europäisch denken zu lernen, Methoden und Techniken für internationale Projektarbeit zu vermitteln sowie europäische Fördermittel und Einrichtungen kennen zu lernen. Die Reihe wurde mit dem Modul „Europapolitik vor Ort“ in Brüssel beendet.

Im Fortbildungsbereich Sozialmanagement führte die AWO-Akademie zukünftige Qualitätsmanager und Auditoren zu einem erfolgreichen Ausbildungsabschluss und setzte damit einen weiteren Meilenstein in der Umsetzung des von der Stabsstelle QM, der Geschäftsführung und der GOS konzipierten AWO-Qualitätsmanagementsystems.

AWO International

Europa

Die vernetzte Strategie der AWO für ein soziales Europa stützt sich auf fünf Akteure: AWO-Bundesverband, AWO International, AWO Akademie Helene Simon, Solidar und das ISS. Diese fünf Akteure ziehen jährlich eine gemeinsame Bilanz ihrer europapolitischen Aktivitäten, stimmen gegenseitig Planung und Arbeitsschwerpunkte ab und tauschen Information aus, mit dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Strategie.

Voraussetzung für eine wirksame gemeinsame europäische Strategie der fünf Akteure ist die Sensibilisierung der Bundesgeschäftsstelle für die Bedeutung europäischer Sozialpolitik in allen relevanten Arbeitsfeldern. Wichtige Instrumente dazu waren:



Tagungszentrum Haus Humboldtstein der Akademie

An den Veranstaltungen der Akademie Helene Simon nahmen im Geschäftsjahr 2.099 Mitarbeiter/-innen der Arbeiterwohlfahrt teil sowie 199 Teilnehmer/-innen anderer Träger und Organisationen.

- Inhouse-Veranstaltungen mit ausführlichen Informationen und Materialien über die Funktionsweise der europäischen Institutionen,
- das Modul „Europäische Sozialpolitik in Brüssel – Soziale Europapolitik vor Ort“ im Rahmen der von der Helene Simon Akademie angebotenen Fortbildungsreihe zur Europaqualifizierung. An diesem Modul nahmen alle Fachbereichsleiter/-innen des Geschäftsbereichs Fachpolitik teil.
- die Einrichtung einer internen Arbeitsgruppe Europa, in der die Entwicklungen in den Arbeitsfeldern ausgetauscht und gebündelt werden.

Europäische Sozialpolitik

In der Europäischen Sozialpolitik spielte auch 2001 die Daseinsvorsorge eine herausragende Rolle. Sie dominierte die Sitzungen des BAGFW Fachausschusses Europa und vieler



anderer Gremien, die sich mit Fragen der europäischen Sozialpolitik befassen, z. B. den Arbeitskreis Europäisches Sozialrecht und Europäische Sozialpolitik beim Deutschen Verein. Es wurde das Bewusstsein dafür geschärft, dass nationale Alleingänge nicht zielführend sind und die NGOs nur in Zusammenarbeit entsprechenden Einfluss ausüben können.

Hilfreich hierfür war eine Round Table Veranstaltung von Solidar im Europäischen Parlament im März 2001 an der neben Vertretern von NGOs Vertreter der Kommission, des Europäischen Parlamentes und Regierungsvertre-

ter teilnahmen. Diese Veranstaltung fand statt im Rahmen des von der Generaldirektion Beschäftigung und soziale Angelegenheiten kofinanzierten Solidar-Projektes: „Europa, soziale Integration und die Rolle der Zivilgesellschaft: von Politik zur Praxis“

Der Europäische Gipfel von Laeken im Dezember 2001, der eine erneute Vorlage der Kommission über die Daseinsvorsorge beriet, enttäuschte die Erwartungen. In den Schlussfolgerungen heißt es in Ziffer 26 lediglich:

„Der europäische Rat nimmt mit Befriedigung Kenntnis von den Schlussfolgerungen des Rates und von dem gemeinsamen Bericht des Rates und der Kommission zu den Leistungen der Daseinsvorsorge, deren Auswirkungen auf den Wettbewerb Gegenstand einer Evaluierung auf Gemeinschaftsebene sein werden. Der Europäische Rat fordert die Kommission auf, einen Orientierungsrahmen für die staatlichen Beihilfen festzulegen, die den Unternehmen gewährt werden, die Leistungen der Daseinsvorsorge erbringen“

Die Konsequenz ist, dass Anbieter gemeinnütziger sozialer Dienste – zumindest mit einem Teil ihrer Dienste – unter das europäische Wettbewerbsrecht fallen werden; Konsequenz ist aber auch, dass das für gewerbliche Unternehmen konzipierte Wettbewerbsrecht für Anbieter sozialer Dienste wenig tauglich ist.

Armut und Ausgrenzung

Als zentrales Element europäischer Sozialpolitik wurde beim Europäischen Rat in Lissabon im März 2000 eine europäische Strategie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in der Europäischen Union definiert. Auf der Grundlage europäischer Leitlinien wurden bis Juni 2001 nationale Aktionspläne in allen Mitgliedsstaaten erarbeitet. Die AWO hat dazu gemeinsam mit dem Europäischen Armutsnetzwerk (Eapn) Stellungnahmen und Positionspapiere erarbeitet sowie eine europäische Konferenz durchgeführt. Die Begleitung des nationa-

len Aktionsplanes erfolgte im direkten Kontakt zu den zuständigen Ministerien – BMA und BMFSFJ – sowie mit den Partnern BAGFW und Nationale Armutskonferenz.

In der Nationalen Armutskonferenz wurde Paul Saatkamp, Vorsitzender des AWO-Bezirksverbandes Niederrhein zum Sprecher gewählt. Darüber hinaus gehörte die AWO zum Beraterkreis zur nationalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung.

Katastrophen- und Wiederaufbauhilfe

Im Jahr 2001 ereigneten sich mehrere verheerende Erdbebenkatastrophen. Die AWO hat sich an den Hilfe für Indien und El Salvador mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes und in Kooperation mit Mitgliedsorganisationen von SOLIDAR beteiligt:

Indien

Mit offiziell 20.000 Toten und über 170.000 Verletzten war das Erdbeben im indischen Unionsstaat Gujarat am 26. Januar 2001 das schwerste der letzten 50 Jahre auf dem indischen Subkontinent. Über 600.000 Menschen wurden obdachlos. Die AWO führte mit ihren



Partnerorganisationen Yusuf Meherally Center und Trust for Reaching the Unreached ein umfassendes Nothilfe- und Rehabilitationsprogramm durch. Dieses wurde mit den Krisenstäben lokaler und regionaler Behörden und internationaler Hilfsorganisationen abgestimmt. Das Programm umfasste:

- Erste Hilfe und Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung durch die Gesundheitsteams der Organisationen,
- Nahrungsmittelhilfe, Verteilung von Decken und anderen Hilfsgütern für die betroffene Bevölkerung
- Aufbau von Notunterkünften

Das Auswärtige Amt stellte der AWO hierfür 260.000 Mark zur Verfügung.

El Salvador

Zwei schwere Erdbeben verwüsteten im Januar und Februar 2001 weite Teile des Landes. Mehr als 1.000 Menschen kamen ums Leben. Das Hilfsprogramm von AWO International konzentrierte sich auf Städte und Gemeinden in der besonders schwer betroffenen Provinz San Vicente.

Die Soforthilfe leistete die Erstversorgung der Opfer mit Lebensmitteln; Vorrang hatte die Trinkwasserversorgung, da fast alle Brunnen der betroffenen Region zerstört wurden. Es wurden Plastikplanen für Notunterkünfte, Kochgeschirr, Decken und Matratzen zur Verfügung gestellt.

Die Durchführung des Hilfsprogramms, das aus Spenden und einer Zuwendung des Auswärtigen Amtes finanziert wurde, erfolgte in Zusammenarbeit mit Solidaridad Internacional, einer Mitgliedsorganisation von SOLIDAR, und lokalen Partnerorganisationen.



Qualität kommt zuerst

Die Qualität ihrer sozialen Arbeit zu sichern, kontinuierlich auszubauen und weiterzuentwickeln, ist seit vielen Jahren das Ziel der AWO. Das AWO-Qualitätsmanagement-Konzept beschreibt hierfür inhaltliche Orientierungen und Verfahrensweisen zur Erreichung dieser Ziele. Zur Sicherung der ihrer Arbeit zugrunde liegenden Werteorientierung und zur Verbesserung eines klaren Profils entwickelte die AWO eigene Qualitätsstandards, die aus ihrem Leitbild abgeleitet werden.



Erstmals wurden im Juli 2001 in Berlin fünf AWO-Einrichtungen der stationären Altenpflege nach dem AWO-QM-Konzept geprüft, für gut befunden und zertifiziert. Das Zertifikat der akkreditierten Zertifizierungsstelle stellt mehr dar, als ein Stück Papier, das die Einrichtungen öffentlich machen können. Es ist vielmehr ein gutes Zeugnis für einen Prozess, der in den Einrichtungen positives bewirkt:

- Verbessertes Dienstleistungsbewusstsein und deutlich verstärkte Kundenorientierung der Mitarbeiter/-innen
- Erhöhung des Verantwortungsbewusstseins der Mitarbeiter/-innen auf jeder Ebene der Organisation
- Schaffung von klaren Arbeitsstrukturen und transparenten Arbeitsabläufen in den Häusern
- Bessere Zusammenarbeit der Mitarbeiter/-innen und offene Kommunikation auch über Fehler und Verbesserungsmöglichkeiten
- Die Pflege als Kernprozess der Arbeit in den Einrichtungen ist deutlicher geworden
- Klare Aufgabenbeschreibungen und Anforderungen als Orientierung für die Mitarbeiter/-innen und Grundlage für das Controlling des QM-Systems
- Optimierung des internen Controllings der Pflege- und Betreuungsqualität
- Die Bedeutung der Beziehungen zu den Bewohner/-innen zur Sicherstellung der Bewohnerzufriedenheit ist durch den QM-Prozess gestärkt worden
- Verbesserung der fachlichen Qualität der erbrachten Leistungen
- Grundlegende Auseinandersetzung mit den Leitorientierungen der AWO und ihren Werten in Verbindung mit fachlichen Anforderungen
- Erarbeitung eines Systems der Gesamtauswertung der Arbeit

Mit dem Berliner Projekt ist der Einstieg vorgenommen worden in die Zertifizierung nach dem AWO-QM-Konzept durch unabhängige Stellen, dem weitere Träger der AWO folgen werden. Der Bundesverband und die Gesellschaft für Organisationsentwicklung und Sozialplanung (gos) beraten und begleiten AWO-Organisationen auf diesem Weg.

Politik für Ältere

Das Heimgesetz und das Pflegequalitätssicherungsgesetz (PQSG)

Die Novellierung des Heimgesetzes sowie des SGB XI durch das Pflegequalitätssicherungsgesetz (PQSG) ist mit einschneidenden Konsequenzen für die Dienstleistungserbringung in einem zentralen Arbeitsfeld der AWO verbunden.

Der Bundesverband hatte in enger Abstimmung mit dem Gesamtverband eine intensive Lobbyarbeit organisiert und durchgeführt mit dem Ziel, diese Gesetze im Hinblick auf unbürokratische Lösungen, Stärkung der Selbstverwaltung und Implementierung von Qualitätsmanagementsystemen in der Altenhilfe zu gestalten. Zu diesem Ziel wurde im Frühjahr 2001 eine gesamtverbandliche Kampagne durchgeführt. Neben Spitzengesprächen mit der SPD-Bundestagsfraktion, den Bundes- und Landesministerien, den Pflegekassen wurden in vielen stationären Altenhilfeeinrichtungen der AWO Veranstaltungen mit den örtlichen SPD-Bundestagsabgeordneten durchgeführt, um diese für die spezifischen Probleme im Altenhilfebereich zu sensibilisieren. Dem Bundesverband gelang es darüber hinaus innerhalb der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege eine einmütige Positionierung zu erzielen sowie gemeinsame Änderungsvorschläge von AOK und AWO auf den Weg zu bringen. Diese Aktivitäten hatten ihren Anteil daran, dass die Gesetzesentwürfe – obwohl sie letzten Endes keines-



wegs den Zielvorstellungen der AWO sowie denen der anderen Verbände entsprachen – an wesentlichen Stellen korrigiert werden konnten. So wurde das betreute Wohnen weitgehend aus dem Geltungsbereich des Heimgesetzes herausgehalten. Im PQSG wurden Pflege- und Personalbedarfsbemessungssysteme als eine Möglichkeit zur Steuerung von Personal aufgenommen und nicht zuletzt werden nun die Einrichtungen auf die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems verpflichtet.

Der Bundesverband wird seine künftigen Aktivitäten auf die Mitgestaltung der noch ausstehenden Verordnungen im Zusammenhang mit dem PQSG richten.

Behindertenpolitik in Europa

Der AWO Bundesverband beteiligte sich am europäischen „Antidiskriminierungsprojekt“ von SOLIDAR. Gemeinsam mit drei anderen europäischen Wohlfahrtsverbänden aus Italien, Österreich und Frankreich wurde ein „Leitfaden bewährter Praxis zur Verhinderung von Diskriminierungen“ für Nichtregierungsorganisationen (NGO) entwickelt und auf der transnationalen Konferenz in Bonn vorgestellt und diskutiert. Der AWO Bundesverband hat sich mit einigen guten Praxisbeispielen aus dem Behinderten-, dem Migrationsbereich und der

Schwangerschaftsberatung positiv und innovativ einbringen können. Dieses Projekt wurde Ende 2001 abgeschlossen.

Für 2003 beschloss der AWO Bundesvorstand den Geschäftsschwerpunkt „Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen“.



Migration

Die Gestaltung zukünftiger Migrationspolitik stand 2001 an der Spitze der innenpolitischen Agenda. Im Februar hatte die vom Bundesinnenministerium eingesetzte „Unabhängige Regierungskommission“ die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege zu einer Anhörung über die Defizite der bisherigen Integrationspolitik eingeladen.

Die AWO entwickelte ein eigenes Integrationskonzept, das im Kern den Vorschlag beinhaltet, die bestehenden Beratungsangebote und Deutschförderprogramme, die mit Mitteln des Bundes bezuschusst werden, zu Erstberatungsstellen für Neuzuwanderer umzubauen.

Die Bundesgeschäftsstelle hat der Kommission eine ausführliche Stellungnahme mit entsprechend weitreichenden konzeptionellen Vorschlägen vorgelegt, die von der Kommission weitgehend übernommen worden sind.

Im August des Jahres legte das Bundesinnenministerium einen Gesetzentwurf vor, der in vielerlei Hinsicht enttäuschte und in vielen Einzelfragen die Empfehlungen der „Unabhängigen Regierungskommission“ nicht berücksichtigte. Dies gilt insbesondere für Regelungen im Bereich des Asylrechts, für den Bereich der Familienzusammenführung, für aufenthaltsrechtliche Übergangsregelungen von bereits lange in der Bundesrepublik lebenden Migranten/-innen und für den gesamten Bereich der sogenannten Integrationspolitik.

Gemeinsam mit Pro Asyl und anderen Flüchtlingsorganisationen legte die AWO eine Stellungnahme zum asylrechtlichen Teil des Gesetzentwurfes vor. Sie hat entscheidend mit dazu beigetragen, dass die Fragen der „nicht-staatlichen Verfolgung“ und der „geschlechtsspezifischen Verfolgung“ erneut innenpolitisch debattiert wurden und schließlich in den Regierungsentwurf vom Dezember 2001 aufgenommen wurden.

Die Regelungen des Referentenentwurfs zum Aufenthaltsrecht und zur Integrationspolitik waren Gegenstand einer weiteren Stellungnahme der AWO. In der Folge der Vorstellungen des

Gesetzgebers hätten die derzeit bestehenden Migrationssozialdienste, die mit Mitteln des Bundes bezuschusst werden, ihre Arbeit einstellen müssen.

Die Migrationssozialdienste sind:

- die Beratungsstellen für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien, die beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung ressortieren;
- die Beratungsstellen für Jugendliche mit einem Migrationshintergrund, die beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) angesiedelt sind und



Soziale Arbeit mit jungen Migranten und Migrantinnen

Sozialwissenschaftliche Fakultät
Universität zu Köln



- die Beratungsstellen für erwachsene Ausiedler, für die ebenfalls das BMFSFJ verantwortlich ist.

Interventionen auf unterschiedlichen Ebenen und ein vom Fachausschuss Migration des Bundesverbandes entwickeltes und veröffentlichtes „Zehn-Punkte-Integrationskonzept“ führten letztendlich zur Einfügung des § 43, 5 in den Regierungsentwurf zum Zuwanderungsgesetz. Der Gesetzentwurf wurde am 7.11.2001 vom Kabinett verabschiedet und in das weitere parlamentarische Verfahren gegeben.

Älter werden in Deutschland

Eine Informationsreihe für ältere Menschen aus der Türkei

Im April 2001 stellten bei einer Pressekonferenz und einer anschließenden Fachtagung in Berlin die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, der AWO-Bundesverband, das Generalsekretariat des DRK und die Bundesstadt Bonn die Informationsreihe „Älter werden in Deutschland“ der Öffentlichkeit vor.



Pressekonferenz im Dienstsitz der Bundesbeauftragten für Ausländerfragen

Die Informationsreihe wurde als Gemeinschaftsinitiative in dreijähriger Arbeit entwickelt. Nach Auffassung der Initiatoren werden die soziale Situation älterer Migranten und die sich daraus ergebenden Folgen für die sozialen Versorgungseinrichtungen bisher kaum thematisiert.

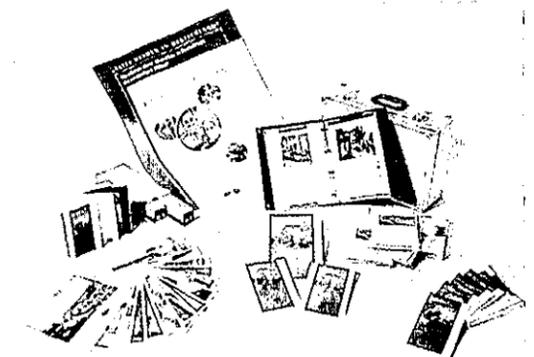
Ende der 90-er Jahre lebten in Deutschland 570.000 Migranten im Alter von 60 und mehr Jahren. Zwischen 50 und 60 Jahre alt waren etwa 820.000 Ausländer. Nach einer Modellrechnung wird die Zahl älterer Migranten über 60 bis 2010 auf 1,3 Mio. und bis 2030 auf 2,8 Mio. ansteigen. Die Familienbeziehungen in der zweiten und dritten Ausländergeneration haben sich so stark verändert, dass ältere Migranten sich nicht mehr auf die soziale Versorgung durch ihre Familien verlassen können, sondern zunehmend auf die Dienste der offe-

nen, der ambulanten und stationären Altenhilfe angewiesen sein werden. Doch auf beiden Seiten – bei den älteren Ausländern und bei den Diensten der Altenhilfe – gibt es Zugangsbarrieren. Die Altenhilfe muss sich interkulturell öffnen und spezielle Angebote für alte Migranten entwickeln.

Die Gemeinschaftsinitiative trägt deshalb mit unterschiedlichen Informationsmaterialien, wie Handbüchern, Videofilmen, Postern und Broschüren zu einer Vernetzung von Altenhilfe und Migrationsarbeit in Deutschland bei. Die Informationsreihe richtet sich zunächst an die älteren türkischen Migranten als die zahlenmäßig größte Zuwanderergruppe in Deutschland.

Örtliche Organisationen und Einrichtungen der Altenhilfe sollen für die Zielgruppe älterer Migranten und ihre spezifischen Fragen sensibilisiert werden und einen ersten Zugang finden.

Die Medien und Materialien der Informationsreihe bestehen aus einem Handbuch, zwei Videofilmen, einer Dia-Serie, Overhead-Folien, Plakaten zur Teilnehmerwerbung, einem Poster mit der Darstellung des Altenhilfesystems, der Broschüre „Älter werden in Deutschland“ und einem Fotoalbum mit den wichtigsten Adressen und Ansprechpartnern für Senioren vor Ort.



Interkulturelle Altenhilfe

Um den demographischen und sozialpolitischen Anforderungen einer multikulturellen Gesellschaft Rechnung zu tragen und ihrem Leitbild der gleichberechtigten Teilhabe und Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen zu entsprechen, strebt die AWO mit dem Beschluss der Bundeskonferenz 2000 die interkulturelle Öffnung ihrer Dienste und Einrichtungen an. Im Februar 2001 wurde im Fachbereich Gesundheit, Rehabilitation/Senioren der neue sozialpolitische Schwerpunkt „Interkulturelle Altenhilfe“ eingerichtet mit folgenden Schwerpunkten:

- Bestandsanalyse der Angebote und Projekte der interkulturellen Altenhilfe der AWO mit Hilfe einer Datenbank;

- Vernetzung der beiden Fachbereiche Migration und Altenhilfe sowohl innerhalb der AWO als auch verbandsübergreifend;
- Fortbildungen zum Erwerb der interkulturellen Kompetenz für Mitarbeiter/-innen der Altenhilfe und der Migrationsdienste. Dazu wird auch die interkulturelle Öffnung der Altenpflegefachschulen und der Fachseminare der AWO angestrebt. Die intensive Werbung von Migranten/-innen für die Altenpflegeausbildung ist dabei ein wichtiger Aspekt der Qualifizierung.
- Interkulturelle Öffnung und kultursensible Altenpflege als Qualitätsmerkmale der Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe definieren und in den AWO QM-Prozess integrieren.

Jugend, Jugendsozialarbeit

Mit der Aussage „Gut drauf statt arm dran – Chancengleichheit durch Bildung“ beteiligte sich die AWO mit einer Sonderschau an der Bildungsmesse in Hannover im Februar. Die Jugendsozialarbeit war mit verschiedenen Aktionen und Fachveranstaltungen zu den Themen „Berufsschule“, „Assessment“ und „Schulsozialarbeit“ vertreten.

Zur Messe präsentierte die AWO verschiedene Plakate aus den jugendpolitischen Arbeitsfeldern.



Das Job-AQTIV-Gesetz

Die Bundesregierung legte 2001 den Gesetzentwurf zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Job-AQTIV-Gesetz) vor und löste damit ihre Zusage aus der Koalitionsvereinbarung ein, das Arbeitsförderungsrecht wirksamer auszugestalten.

Kernpunkte des Gesetzentwurfes sind Eingliederungsvereinbarungen zwischen Arbeitsamt

und Arbeitssuchenden, die auf einer gezielten Ermittlung der individuellen Fähigkeiten und Chancen des einzelnen Arbeitslosen beruhen und eine passgenaue Vermittlung intendieren, die Förderung der Job-Rotation und die Erleichterung der Zeitarbeit. Dabei ist insbesondere die Stärkung der präventiven Maßnahmen hervorzuheben; der Einsatz aller arbeitsmarktpolitischen Instrumente ist künftig ohne Wartezeit

ten möglich. Das Gesetz wird zum 1. Januar 2002 in Kraft treten.

Der AWO-Bundesverband hat ein Positionspapier zum Job-AQTIV-Gesetz erarbeitet und

damit verdeutlicht wie ernst es der Arbeiterwohlfahrt ist, sich aktiv in die arbeitsmarktpolitische Entwicklung einzuschalten und für wirksame Verbesserungen beim Abbau der Arbeitslosigkeit einzutreten.

Das E & C Programm – „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“

Am 1. Dezember 2001 wurde das Projekt „Qualitätsentwicklung für lokale Netzwerkarbeit im Programm E&C“ gestartet. Die neue Herausforderung besteht in der Verknüpfung des know how bei der Entwicklung von Qualitätsstandards und Qualitätssicherungskonzepten mit der Entwicklung von Strategien zur So-

zialraumorientierung. Es geht dabei um eine Verstärkung und Qualifizierung von Kooperationsformen lokaler Netzwerke. Im Jahre 2001 wurden dazu wichtige Vorarbeiten geleistet. Im Vordergrund standen zunächst die Bekanntmachung des Projektes im Verband sowie die Auswahl potenzieller Projekte und Standorte.

Fachpolitik für Frauen

Die Bundesgeschäftsstelle wirkt an dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen aktiv mit. Die konzertierte Aktion will auf unterschiedlichen Ebenen wirkungsvolle Schutz- und Hilfemöglichkeiten für Opfer von Gewalt im Geschlechterverhältnis erschließen, entsprechende Gesetzesregelungen schaffen und Präventiv-Programme verbessern. Die Entstehung von Gewalt und Gewalttaten soll verhindert, die Opferschutzverfahren verbessert, Kinder als Beteiligte von familialen gewalttätigen Auseinandersetzungen wirksamer geschützt und Täter/Täterinnen konsequenter bestraft werden.

Die AWO Bundesebene hat auf der Fachebene auf verschiedene Gesetzesinitiativen Einfluss genommen:

- Auf das zum 1.1.2002 in Kraft tretende Gewaltschutzgesetz (GewSchG)
- Auf die Änderung des § 19 Ausländergesetz, das Migrantinnen eine Trennung bei



häuslicher Gewalt erleichtert, ohne dass sie ihren Aufenthaltsstatus verlieren

- Auf Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch, das Kindern ein Recht auf gewaltfreie Erziehung zusichern soll

Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming definiert begrifflich die Strategie zur Erreichung der de-facto-Gleichstellung von Frauen und Männern. Im Kontext von Vorgaben aus EU-Richtlinien und nationalen politischen Beschlüssen, Programmen und Gesetzen wurde für die Bundesgeschäftsstelle Gender Mainstreaming als Leit-

ziel anerkannt und als Querschnittsaufgabe befürwortet. Dies soll im ersten Schritt durch die Integration in den Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsprozess der Bundesgeschäftsstelle geschehen. Angestrebt wird die Einbindung von Gender Mainstreaming in das QM-Konzept der AWO.

Sucht- und Wohnungslosenhilfe

Gemeinsam mit dem AWO Landesreferat Sucht in Brandenburg und einem Projekt des AWO Kreisverbandes Potsdam-Mittelmark wurde eine CD-Rom für die Öffentlichkeitsarbeit der Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen produziert. Die Arbeitshilfe vermittelt



Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit, mit Beispielen für Pressemitteilungen, Faltblätter, Briefe, Einladungsschreiben und vieles andere mehr. Dazugehörige Checklisten helfen bei einer Veranstaltung oder einer Pressekonferenz. Erfolgreich vorgestellt wurde das Projekt im November 2001 in Braunschweig auf dem Fachkongress der Deutschen Hauptstelle gegen Suchtgefahren (DHS).

Im Geschäftsjahr wurden die fachpolitischen Aussagen „Die Suchtkrankenhilfe der Arbeiterwohlfahrt – Leitlinien der fachlichen Arbeit“ vorgelegt, die sich an den Leitsätzen und dem Leitbild der Arbeiterwohlfahrt orientieren.

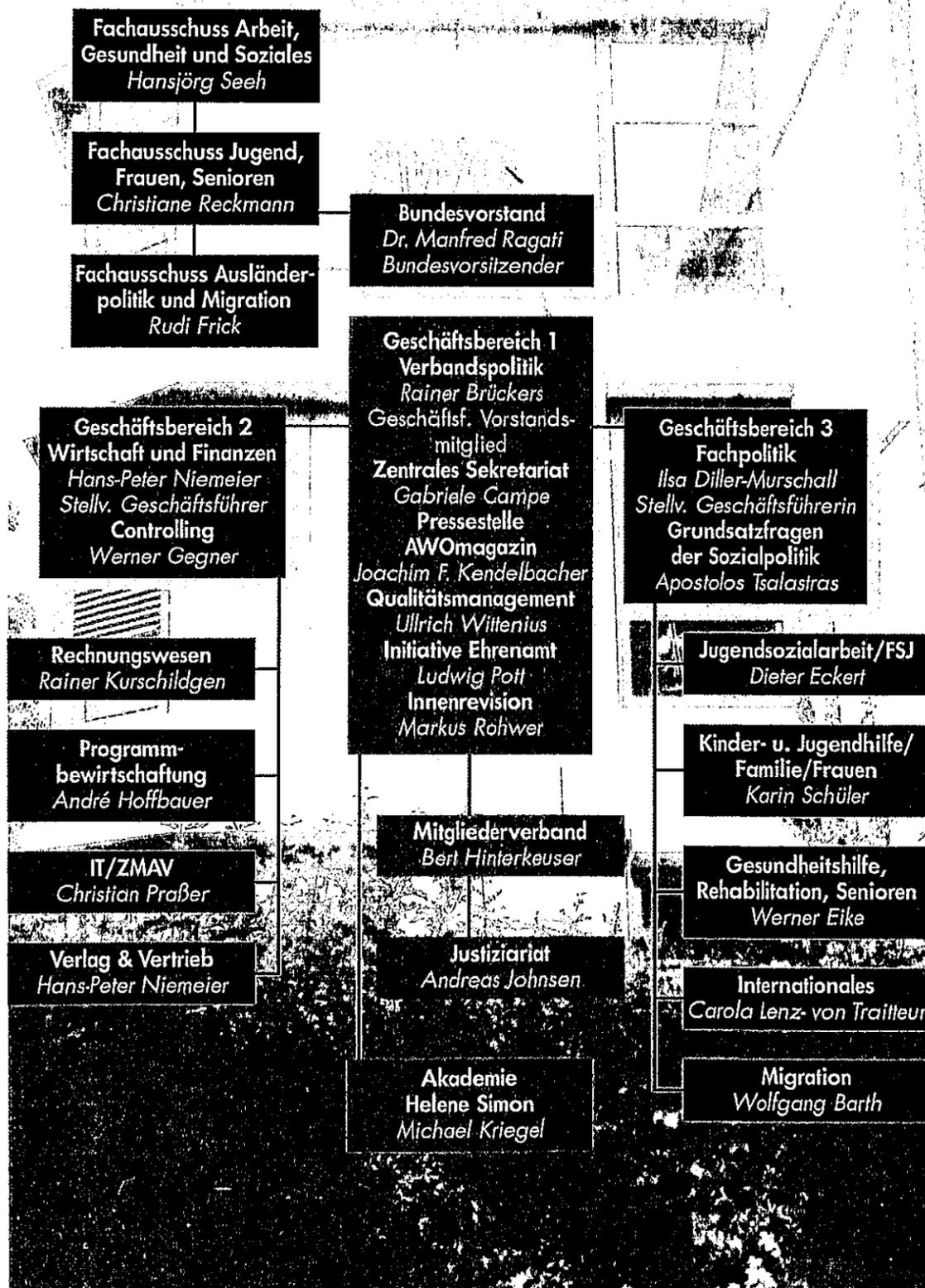
Gewinn- und Verlustrechnung Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. für die Zeit vom 01.01.–31.12.2001

	2001 DM	Vorjahr DM
1. Zuwendungen	64.045.552,23	69.485.060,97
2. Einnahmen aus Leistungen d. Verbandes	11.278.700,02	11.677.809,97
3. Spenden	624.606,76	802.376,74
4. Sonstige Einnahmen	4.635.385,18	5.175.626,83
5. Aufwendungen f. Programme/Maßnahmen	52.407.336,47	56.002.289,09
6. Aufwendungen f. den Gesamtverband	6.124.321,25	7.088.100,74
7. Förderung d. Fort- u. Ausbildung	1.541.614,96	1.323.590,05
8. Direkte Projektaufwendungen des Solidaritäts- u. Katastrophenfonds	645.379,54	1.652.854,62
9. Personalaufwand	12.009.271,01	11.786.981,87
10. Sachaufwendungen	4.999.656,76	5.334.749,96
11. Veränderung des Solidaritäts- und Katastrophenfonds	-144.206,49	886.480,02
12. Abschreibungen	1.849.451,13	1.610.321,05
13. Erträge aus der Auflösung der Sonderposten aus Zuschüssen	814.540,76	734.887,35
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten a. Zuschüssen	340.504,76	668.270,00
15. Erträge aus Beteiligungen	574.119,94	485.000,00
16. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	503.264,97	575.696,86
17. Abschreibungen auf Finanzanlagen	2.341,45	
18. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	785.535,66	801.573,49
19. Ergebnis d. gewöhnlichen Vereinstätigkeit	1.914.963,36	2.554.207,87
20. Außerordentliche Erträge	0,00	
21. Veränderung AWO-Sonderfonds und des Marie-Juchacz-Fonds	131.256,15	607.474,48
22. Sonstige Steuern	210.662,72	41.470,00
23. Jahresüberschuß	1.573.044,49	3.120.212,35
24. Verlustvortrag aus Vorjahr	-2.317.294,57	-5.125.506,92
25. Einstellung in Rücklagen	395.000,00	312.000,00
26. Bilanzverlust	-1.139.250,081	-2.317.294,57

Bilanz der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. per 31.12.2001

Aktiva	Stand 31.12.2001 DM	Vorjahr TDM
A Anlagevermögen		
I. Immaterielle Verm. gegenstände	398.106,00	415
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke u. Gebäude	31.633.705,00	31.625
2. Betriebseinrichtungen	2.764.027,98	1.190
3. Im Bau bef. Anlagen	<u>0,00</u>	2.431
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	8.973.228,27	8.960
2. Sonst. Ausleihungen	<u>0,00</u>	
B Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Wohlfahrtsbriefmarken	1.140.539,47	1.745
2. Werbematerial	157.921,10	131
3. Schriften	63.627,00	41
4. Übrige	<u>30.600,65</u>	25
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lief. u. Leistungen	76.249,04	189
2. Ford. gegen Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	137.055,38	48
3. Ford. gegenüber Gliederungen	1.572.514,89	1.967
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>2.694.584,98</u>	3.328
III. Wertpapiere	498.456,11	
IV. Kassenbestand, Postbank, Guthaben bei Kreditinstituten		
1. Kassenbestand	3.076,45	9
2. Guthaben bei Kreditinstituten	<u>15.878.709,21</u>	13.438
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>91.180,98</u>	79
	<u>66.113.582,51</u>	<u>65.621</u>
Treuhandvermögen: Lotterie Glücksspirale	18.811.311,90	15.545
Treuhandvermögen: Zentr. Mitglieder-/Adressverwaltung	40.667,94	8

Passiva	Stand 31.12.2001 DM	Vorjahr TDM
A. Rücklagen	20.642.831,30	20.248
B. Bilanzverlust	-1.139.250,08	-2.317
C. Fonds-Vermögen		
AWO Sonderfonds	636.420,64	623
Marie-Juchacz-Fonds	<u>496.366,85</u>	379
D. Sonderposten aus Zuschüssen	21.758.645,00	22.233
E. Rückstellungen		
1. Solidaritäts- u. Katastrophenfonds	711.908,45	856
2. Nicht verw. öffentl. u. priv. Mittel	2.558.422,50	3.238
3. Sonstige Rückstellungen	<u>350.848,00</u>	407
F. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Zweckzuschüssen	116.044,96	58
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.855.938,58	13.512
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	463.292,24	577
4. Verbindl. gegen Unternehmen mit denen ein Beteil.verhältnis besteht	100.784,94	88
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der AWO	2.835.567,49	3.348
6. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>3.725.361,64</u>	2.360
G. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>400,00</u>	11
	<u>66.113.582,51</u>	<u>65.621</u>
Treuhandverbindlichkeiten: Lotterie Glücksspirale	18.811.311,90	15.545
Treuhandverbindlichkeiten: Zentr. Mitglieder-/Adressverw.	40.667,94	
Eventualverbindlichkeiten	2.808.113,00	2.937



Mitglieder, Einrichtungen, Beteiligungen und Mitgliedschaften

Mitglieder des AWO-Bundesverbandes als juristische Personen sind die Landes- und Bezirksverbände der AWO sowie 11 korporativ angeschlossene Mitglieder:

Landesverband Berlin e.V.
Hallesches Ufer 32-38
10963 Berlin

Landesverband Hamburg e.V.
Rothenbaumchausee 44
20148 Hamburg

Landesverband Bremen e.V.
Auf den Häfen 30-32
28203 Bremen

Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Feldstr. 5
24105 Kiel

Bezirksverband Weser-Ems e.V.
Klingenbergstr. 73
26133 Oldenburg

Bezirksverband Hannover e.V.
Körtingsdorfer Weg 8
30455 Hannover

Bezirksverband Braunschweig e.V.
Peterskamp 21
38108 Braunschweig

Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e.V.
Detmolder Str. 280
33605 Bielefeld

Bezirksverband Westl. Westfalen e.V.
Kronenstr. 63-69
44139 Dortmund

Bezirksverband Niederrhein
Lützwstr. 32
45141 Essen

Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Rhonestr. 2a
50765 Köln

Bezirksverband Hessen-Nord e.V.
Lilienthalstr. 3
34123 Kassel

Bezirksverband Hessen-Süd e.V.
Borsigallee 19
60388 Frankfurt/M.

Bezirksverband Rheinl./Hessen-Nassau e.V.
Dreikaiserweg 4
56068 Koblenz

Bezirksverband Pfalz V.
Maximilianstr. 31
67433 Neustadt/Wstr.

Bezirksverband Württemberg
Oberer Hoppenlauweg 26-28
70174 Stuttgart

Bezirksverb. Baden e.V.
Roonstr. 28
76137 Karlsruhe

Landesverband Bayern e.V.
Edelsbergstr. 10
80686 München

Bezirksverband Oberbayern e.V.
Edelsbergstr. 10
80686 München

Bezirksverband Ober- und Mittelfranken e.V.
Karl-Bröger-Str. 9/1
90459 Nürnberg

Bezirksverband Schwaben e.V.
Sonnenstr. 10
86391 Stadtbergen

Bezirksverband Unterfranken e.V.
Kantstr. 45a
97074 Würzburg

Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz e.V.
Brennesstr. 2
93059 Regensburg

Landesverband Saarland e.V.
Hohenzollernstr. 45
66117 Saarbrücken

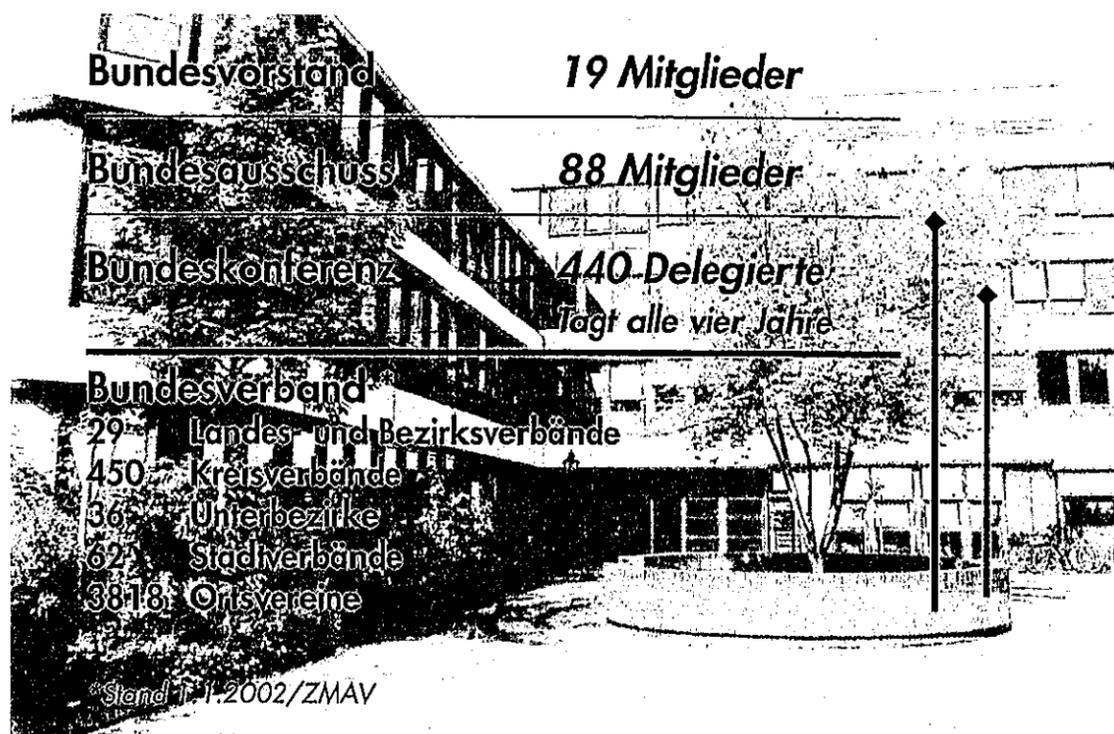
Landesverband Mecklenburg-
Vorpommern e.V.
Wismarsche Str. 183-185
19053 Schwerin

Landesverband Brandenburg e.V.
Nansenstr. 18
14471 Potsdam

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
Klausenerstr. 17
39112 Magdeburg

Landesverband Thüringen e.V.
Pfeiffersgasse
99084 Erfurt

Landesverband Sachsen e.V.
Georg-Palitzsch-Str. 10
01239 Dresden



Korporative Mitglieder

Reichsbund der Kriegs- und Wehr-
dienststopfer, Behinderten, Sozial-
rentner und Hinterbliebenen e.V.
Beethovenallee 56-58, 53173 Bonn
Aufgaben: Hilfe und Fürsorge für Behinderte,
Sozialrentner, Hinterbliebene, Kriegs- u. Wehr-
dienststopfer, Arbeitsunfallverletzte, Sozialhilfe-
empfänger und jugendliche Behinderte

Reichsbund Wohnungsbau
Lehmannstr. 1, 30455 Hannover
Aufgaben: Wohnungsbau-GmbH des Reichs-
bundes.

Förderverein der Gehörlosen
der neuen Bundesländer e.V.
Schiffbauerdamm 13, 10117 Berlin
Aufgaben: Beratungs- und Betreuungsarbeit
für Gehörlose in den neuen Bundesländern

M.S.K. e. V.
Initiative Selbsthilfe
Multiple-Sklerose-Kranker
Schelmengrubweg 29, 69198 Schriesheim
Aufgaben: Kontakte, Informationen,
Erfahrungsaustausch MS-Kranker

Marie-Schlei-Verein
Dr. J. Hoffmann-Str. 15, 55278 Hahnheim
Aufgaben: Unterstützung von Frauenprojekten
in der Dritten Welt

Familienferien- u. Häuserwerk der
Deutschen Naturfreunde
Großglocknerstr. 28, 70327 Stuttgart
Aufgaben: Verwaltung und Beratung der
Naturfreundehäuser

Zusammenarbeit mit Osteuropa e.V.
Deutscher Ring 4, 50354 Hürth
Aufgabe: Soziale und kulturelle Betreuung
von Vertriebenen, Flüchtlingen, Aussiedlern,
Zuwanderern und politischen Asylanten

Gesellschaft für Organisations-
entwicklung und Sozialplanung, GOS
Oppelner Str. 130, 53119 Bonn
Aufgaben: Organisationsberatung, Interne
Trainingsmaßnahmen, Leitungsberatung,
Supervision für Führungskräfte

Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik
Am Stockborn 5-7, 60439 Frankfurt/M.
Aufgaben: Wissenschaftliche Begleitung,
Praxisforschung, Beratung/Planung,
Organisationsentwicklung, Gutachten/
Expertisen, Fort- u. Weiterbildung

Museum Kindertagesstätten in
Deutschland – Kita-Museum e.V.
Wall am Kiez 5, 14467 Potsdam
Aufgaben: Darstellung der Entwick-
lungsgeschichte von öffentlichen Kindereinrich-
tungen in Deutschland, länderübergreifende
Kooperation mit Fach-, Fachhochschulen und
Universitäten

Einrichtungen und Beteiligungen des Bundesverbandes

Geschäftsstelle Bonn
Verbindungsbüro Berlin
Marie-Juchacz-Stiftung/Kinder sind unsere Zukunft
Haus Humboldtstein

Die Beteiligungen

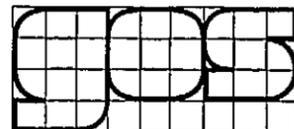
ARWO Versicherungsvermittlungsdienste GmbH (100 Prozent)
Gesellschaft für Organisationsentwicklung u. Sozialplanung (GOS) (100 Prozent)
Bank für Sozialwirtschaft (BFS)
Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft

Mitgliedschaften

- AG Familienerholung – Familienferien
Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV)
Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe (AFET)
Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (ADB)
Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee e.V. (AKLHÜ)
ARD-Fernsehlotterie
AWO International
- Bensheimer Kreis
Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienste u. Wohlfahrtspflege BGW
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege BAG FW
Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe (BAGS)
Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe (BAG WOLO)
Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (BAG JAW)
Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation (BAR)
Bundesarbeitsgemeinschaft für Familienbildung und -beratung (AGEF)
Bundesarbeitskreis Freiwilliges Soziales Jahr
Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt
Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung (BVG)
Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ)
- Care-Erinnerungsstiftung
CEDAG
- Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung
Deutsche Behindertenhilfe – Aktion Mensch (AM)
Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren e.V. DHS
Deutsche IPA-Sektion
Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG)
Deutsche Welthungerhilfe (DWH)
Deutscher Landesausschuss der Internationalen Konferenz für Sozialarbeit
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV)
Deutsches Hilfswerk (DHW)
Deutsches Jugendherbergswerk (DJW)
Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI)

- Eurolink Age
Europäische Bewegung – Europa Zentrum
European Consultation on Refugees und Exiles (ECRE)
- Familienferien- und Häuserwerk der Deutschen Naturfreunde
Förderverein der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren (DHS)
- Gesellschaft für sozialen Fortschritt (GSF)
Gesellschaft für Datenschutz
- Haus der Behinderten – Gustav Heinemann-Haus
- Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, IFIAS
Intern. Rat für Hauspflagedienste – International Council of Homehelp Services
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, ISS
Internationale Vereinigung für das Recht auf Spiel, IPA
Informationsverbund Asyl (ZDWF)
- Konferenz Zentraler Fortbildungsinstitutionen für Jugend- und Sozialarbeit
Kuratorium Deutsche Altershilfe, KDA
- Müttergenesungswerk (MGW)
- Nationale Armutskonferenz in Deutschland (NAK)
NGO-Group for the Convention on the Rights of the Child
- Paritätischer Arbeitskreis für Familienerholung (PAK)
Pro Asyl
- SOLIDAR
SPD-Parteirat
Stiftung Deutsche Behindertenhilfe
- Verband Entwicklungspolitik deutscher NRO's
Versorgungsverband VBLU
- WIBU-Wirtschaftsbund sozialer Einrichtungen e. V.

Gesellschaft für Organisationsentwicklung und Sozialplanung, gos



„gos“ ist die Gesellschaft für Organisationsentwicklung und Sozialplanung des AWO-Bundesverbandes. Sie ist ein Dienstleistungsunternehmen für das AWO-Sozialmanagement. Die Ge-

schäftsentwicklung der gos verlief im Geschäftsjahr sehr zufriedenstellend; dies ist auf die umfangreiche Beratung bei der Implementierung von QM-Systemen zurückzuführen.

Organisationsberatung

Organisationsuntersuchungen haben das Ziel, auf empirischer Grundlage Stärken und Schwächen des Sozialmanagements zu ermitteln und Maßnahmen zur Effektivitäts- und Effizienzsteigerung zu erarbeiten.

Coaching dient der gezielten Einzelberatung von Führungs- und Leitungskräften, um Konfliktlagen im Sozialmanagement zu überwinden.

Trainingsmaßnahmen dienen der weiteren methodischen Qualifizierung von Führungskräften des Sozialmanagements und Leitungskräften der sozialen Einrichtungen.

Die gos setzt für Organisationsberatungen Organisationsexpertinnen und Organisationsexperten mit Führungs- und Leitungserfahrung in der Freien Wohlfahrtspflege ein.

Zertifizierungsberatung

QM-Erstberatungen dienen der Information über die Grundlagen eines Qualitätsmanagementsystems und der Anforderungen an eine Zertifizierung nach dem „Tandemkonzept“ (ISO-Normenwerk/AWO-Qualität).

Interne Audits sollen Schwachstellen im QM-System aufzeigen und entsprechende Korrekturmaßnahmen ermitteln.

QM-Projektberatung hat das Ziel, die Führungs- und Leitungskräfte bei der Implementierung eines Qualitätsmanagementsystems zu unterstützen.

Die gos setzt für Zertifizierungsberatungen Auditorinnen und Auditoren ein, die über langjährige Führungs- und Leitungserfahrungen im jeweiligen Fachbereich verfügen.

Kuratorium Deutsche Altershilfe

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) fördert in Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege innovative Ansätze in der Altenhilfe und die Weiterbildung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter/-innen. Im Jahr 2001 wurden über den Bundesverband rund 350 Maßnahmen in

der AWO mit einem Gesamtvolumen von 900.000 Mark gefördert. Darunter waren:

180 Fortbildungen,
55 Supervisionslehrgänge,
55 Altenerholungen,
60 Qualifizierungsmaßnahmen.

Elly-Heuss-Knapp-Stiftung – Müttergenesung



In dem 2001 erschienenen ersten deutschen Frauengesundheitsbericht, herausgegeben vom BMFSFJ wird ausgeführt, dass innerhalb der Regelversorgung das Müttergenesungswerk als einzige Institution „konzeptionell die Sensibilität für geschlechtsspezifische Lebens- und Problemlagen im Programm vertritt“.

Die Dokumentation über den von der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung veranstalteten Kongress „Zukunft für Mütter – Eine Herausforderung“ enthält Forschungsergebnisse über die Gesundheitssituation von Frauen und Mütter, die die Notwendigkeit der Maßnahmen aus gesundheits- und sozialpolitischer Sicht unterstreichen.

Im Mittelpunkt der politischen Lobbyarbeit standen ein parlamentarischer Abend zum Thema: „Investitionen in die Zukunft – Gesundheit für Mütter“, die Beteiligung an gesundheitspolitischen Anhörungen sowie verschiedenen Fachtagungen.

Mit einem Gesamtvolumen von acht Millionen Mark hat das BMFSFJ 2001 den Neubau und die Sanierung von anerkannten Einrichtungen im MGW gefördert. Voraussetzung dafür sind u.a. die Erfüllung und Umsetzung der Qualitätskriterien und -standards des Müttergenesungswerkes MGW.

Alle 26 Kur-Einrichtungen der AWO nehmen an externen, einrichtungsübergreifenden

Maßnahmen zur Qualitätssicherung- und -weiterentwicklung teil. Einige Einrichtungen beteiligen sich am Forschungsverbund der med. Hochschule Hannover, 17 Häuser am Qualitätssicherungsprojekt des Hochrhein Instituts für Rehabilitationsforschung (HRI), Bad Säckingen, das bereits mit Rentenversicherern und Krankenkassen Modelle zur Qualitätssicherung entwickelt hat.



Das Mutter-Kind-Kurhaus „Anne Frank“ der AWO in Laubach/Vogelsberg

Die Erfahrung, dass viele Frauen das Antragsverfahren für eine Mutter-Kind-Kurmaßnahme nur mit Unterstützung erfolgreich bewältigen können, in der Bundeshauptstadt Berlin aber keine Beratungsstelle vorhanden war, hat den Bundesverband dazu bewogen, dort eine Kurberatungsstelle zu initiieren. In Kooperation mit dem Landesverband Berlin und mit finanzieller Beteiligung der Träger wurde das Pilotprojekt zunächst für zwei Jahre in zentraler Lage Berlins gestartet.

Die deutschen Fernsehlotterien

Zu den drei großen Soziallotterien zählen

- die ARD-Lotterie „Die Goldene Eins“
- die ZDF-Lotterie „Aktion Mensch“ und
- die Ziehlingslotterie „Glücksspirale“.

Sinn und Zweck dieser Lotterien ist es u. a., den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege Eigenmittel für den Aufbau von neuen Projekten und Maßnahmen sowie für Modelle und inno-

vative Projekte zur Verfügung zu stellen. Ausschüttungen aus den Lotterien dürfen Zuwendungen oder Budgetmittel des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie anderer Kostenträger nicht ersetzen, da sonst der eigentliche Sinn der Lotterien verfehlt würde. Lotteriemittel sind keine Erträge aus dem allgemeinen Steueraufkommen der öffentlichen Haushalte, sondern indirekte Fördermittel der Teilnehmer an den Lotterien.

Aktion Mensch



Das seit dem 1.1.2000 erweiterte Förderspektrum der Deutsche Behindertenhilfe – Aktion Mensch e.V. – von der

Basisförderung zur Impulsförderung bedeutete umfangreiche Beratungstätigkeit für die Bundesgeschäftsstelle.

Im Jahr 2001 wurden im Rahmen der Basisförderung 90 Anträge bewilligt mit einem Gesamtkostenvolumen von 58.601.101,- DM. Dazu wurden Zuschüsse in Höhe von 9.776.836,- DM bewilligt.

Von der Stiftung Deutsche Behindertenhilfe wurden 15 Anträge bewilligt mit einem Gesamtkostenvolumen von 19.665.626,- DM. Dafür wurden Zinszuschüsse in Höhe von 1.249.834,- DM bewilligt.

Bei der Impulsförderung wurden 11 Anträge der AWO bewilligt. Bei Gesamtkosten von 1.602.533,- DM erfolgten Bewilligungen in Höhe von 1.053.085,- DM

Von der „Stiftung behindertes Kind“ wurde ein Antrag mit einem Zuschuss von 394.500,- DM bewilligt.



Glücksspirale

Seit 1976 unterstützt die „GLÜCKSSPIRALE“

die Aufgaben der Wohlfahrtsverbände durch die Gewährung von Zuschüssen. Die AWO hat bundesweit im Geschäftsjahr für 37 Projekte eine Gesamtfördersumme von rund 10 Mio. DM erhalten.

Die „GLÜCKSSPIRALE“ fördert Einrichtungen und Maßnahmen unter dem Begriff „Gesundheit und Rehabilitation“. Schwerpunktmäßig sind im Jahr 2001 für die AWO Förderungen in folgenden Bereichen ausgesprochen worden:

- ◊ Hilfen für psychisch Behinderte und Verhaltensgestörte,
- ◊ Ausbau der Altengymnastik und anderer aktivierender Maßnahmen,
- ◊ Aktivierung der ehrenamtlichen Mitarbeit.

Während im Jahr 2000 noch die Hilfen für die Entwicklung sozialpflegerischer Dienste zu den schwerpunktmäßig geförderten Bereichen gehörte, ist dieser Bereich im Berichtsjahr gänzlich hinter die o. g. Schwerpunkte zurückgetreten.

Deutsches Hilfswerk – „Goldene Eins“



Seit 1967 unterstützt das Deutsche Hilfswerk die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege; der Schwerpunkt liegt bei der Förderung von Altenhilfeeinrichtungen. Mit einem Gesamtvolumen von

rund 8 Mio. DM wurden 30 Projekte der AWO gefördert.

Diese Zuschüsse wurden gemäß dem Stiftungsschwerpunkt bewilligt für:

- Seniorenzentren
- Tages-/Kurzzeitpflege
- Begegnungs-/Tagesstätten.

Erstmalig wurde im Berichtsjahr eine Maßnahme zur Integration älterer Migranten gefördert; außerdem wurden Projekte in der Jugend-/Familienhilfe bezuschusst.

Dokumentationen und Schriften

Altenhilfe

Sterbebegleitung in stationären Einrichtungen der Altenhilfe.

Armut

Für eine bessere Kindheit. Armutsprävention und Armutsbewältigung in AWO-Tageseinrichtungen für Kinder. Dokumentation einer Fachtagung vom 3.-4. Juli 2001.

Asyl

Beiträge und Materialien zu Migration und Asyl.

Bioethik

Eine Positionsbestimmung zur Bioethik und Genforschung.

Bundeskongress

Die Bundeskongress 2000 in Würzburg.

Ehrenamt

Sozialbericht 2001 – Ehrenamt im Wandel

Einwanderung

Einwanderung – Aufgabe und Herausforderung für die soziale Stadt. Dokumentation einer Fachtagung.

Fortbildung

Didaktisches Glossar. Ein Handbuch über Fortbildungsformen. Herausgegeben von der Helene Simon Akademie.

Freie Wohlfahrtspflege

Aufbau einer Kostenträgerrechnung für Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege nach SGB XI.

Kinder

Aufsichtspflicht in Tageseinrichtungen für Kinder. Aktualisierte Broschüre. Konkrete Praxisbeispiele stellen die allgemeinen Grundsätze von Aufsicht und Erziehung dar.

Qualitätsmanagement

Muster-Handbuch für Tageseinrichtungen für Kinder. Muster-Handbuch für stationäre Pflegedienste.

Die Gesellschaft für Organisationsentwicklung und Sozialplanung mbH (gos) veröffentlichte das erste *Handbuch zur Kunden- und Mitarbeiterbefragung in der stationären Pflege*. Die Messung der Zufriedenheit der Mitarbeiter/-innen ist ein unabdingbarer Bestandteil eines jeden Qualitätsmanagements-Systems.

Rechtsradikalismus

Präventive Projekte und Initiativen gegen den Rechtsradikalismus.

Schuldnerberatung

Rahmenkonzeption und Leistungsbeschreibung für die Schuldnerberatung.

Schwangerschaftsberatung

Lust versus Last? Schwangerschafts- und Sexualitätsberatung zwischen Hoffnung und Illusion. Dokumentation der zweiten Fachtagung vom 22.-24. August 2001.

Sozialraumorientierung

Ein Diskussionspapier zur Sozialraumorientierung bei Hilfen zur Erziehung.

Sucht

Die Suchtkrankenhilfe der AWO. Ein Leitfaden für die fachliche Arbeit.

Ein Verzeichnis aller erschienenen Schriften und Broschüren kann beim AWO-Bundesverband/Verlag per Email verlag@awobu.awo.org angefordert werden.